



Vierteljährlicher Abonnementspreis in Breslau 5 Mark, in den Provinzen 50 Pf., außerhalb pro Quartal incl. Porto 4 Mark 50 Pf., Annoncenpreis für den Raum einer sechsstelligen Zeile 20 Pf., Reclame 50 Pf.

Erziehung: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Buch- und Anstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag einmahl, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Nr. 21. Morgen-Ausgabe.

Sechshundfünfzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt.

Donnerstag, den 14. Januar 1875.

Die Geschäftsordnungen der Stadtverordneten-Versammlungen.

Die widerlichen Scenen in der letzten Stadtverordneten-Versammlung zu Berlin haben die Aufmerksamkeit auf die Geschäftsordnungen dieser Versammlungen gelenkt. Wir sprachen uns schon neulich darüber aus, daß mehrere derselben sehr veraltet sind. So stammt die in Berlin zur Zeit noch geltende Geschäftsordnung, abgesehen von einigen unwesentlichen Zusätzen neuerer Zeit noch aus dem Jahre 1856, also aus der Zeit finsterner Reaction und tiefer politischer Erniedrigung. Wenn man die Bestimmungen darin liest, wonach der Vorsteher allein auf Kompetenz-Überschreitung, „abzuleitenden Verurtheilen mit Entschiedenheit entgegenzutreten hat“, den langen Abschnitt mit Strafbestimmungen gegen Versäumnis, Verletzung der Amtspflicht, Ungehörigkeit oder unparlamentarische Reden der Stadtverordneten durchschlägt oder die Scala der davor angeordneten Strafen von 2 1/2 Sgr. Geldbuße an bis zum Ausschluss aus der Versammlung betrachtet, so wird man freilich mehr an eine Amtsinstruction für Polizeidiener oder Nachtwächter als an die Geschäftsordnung einer parlamentarischen Versammlung erinnert. Selbst ein Dienstantrag ist den Berliner Stadtverordneten für feierliche Veranlassungen vorgeschrieben (schwarzer Frack, schwarze Tuch-Pantalon, schwarzer runder Hut, schwarzseidene Weste, weißes Halstuch, weiße Handschuhe und die bei manchen Gelegenheiten allerdings notwendige Amslette). Es ist für die Berliner Stadtverordneten-Versammlung wenig schmeichelhaft, daß sie diesen Plunder nicht längst beseitigt hat. Eine im Neujahr 1873 niedergesetzte Commission für Reform der Geschäftsordnung legte nach 16monatlicher Arbeit endlich im Mai 1874 eine Uebersicht vor, welche diese Strafbestimmungen unverändert bestehen ließ und sich hinsichtlich der Kleiderordnung nur das modernisierende Amendement erlaubte, die schwarzseidene Weste in eine schwarze Weste, die „Pantalon“ in „Beinkleider“ zu verwandeln. Die Stadtverordneten-Versammlung aber hielt es mit Recht nicht der Mühe werth, solche Reformvorschlüsse einer Plenarberatung zu würdigen. So blieb denn die Revision der Geschäftsordnung bis heute beruhen.

Die Geschäftsordnung der Breslauer Stadtverordneten-Versammlung enthält keine Strafbestimmungen und keine Kleiderordnung; sie stammt nämlich, abgesehen von einigen späteren Zusätzen aus dem Jahre 1864. Die Breslauer Geschäftsordnung ist überhaupt nicht in dem Maße redselig wie die Berliner. Die Letztere zählt 93, die erstere 30 Paragraphen. Beide sind aber gleichmäßig zurückgeblieben hinter den Erfahrungen, die man sonst im parlamentarischen Leben, namentlich im letzten Jahrzehnt, gemacht hat. Beide legen noch den Schwerpunkt der Entscheidung statt in das Plenum und in die öffentliche Verhandlung in geheime Commissionsberatungen. Auch das preussische Abgeordnetenhaus beging bis in die 60er Jahre hinein diesen Fehler. Alle Vorlagen gingen damals zunächst an Commissionen. Erst allmählig wurde dann für einfachere Gegenstände die Erledigung durch Schlussberatung im Plenum auf Vorschlag eines vom Präsidenten ernannten Referenten eingeführt. Daneben ließ man noch für wichtigere Sachen, welche nicht an eine Commission verwiesen wurden, die zweimalige Beratung durch das Plenum zu. Diesen Reformen hat sich in neuerer Zeit selbst das Herrenhaus nicht mehr verschlossen. Der Reichstag ist aber 1869 in einer neuen von Lasker und Twesten beantragten Geschäfts-Ordnung noch einen Schritt weiter gegangen und das Abgeordnetenhaus demselben gefolgt. Seitdem gelangen in beiden Versammlungen alle Gegenstände zunächst in das Plenum zur ersten Beratung. Erst nach der ersten Beratung können die Vorlagen einer Commission überwiesen werden. Gleichgültig ob eine Commissionsberatung eintritt oder nicht, haben alle Vorlagen überhaupt drei Beratungen im Plenum zu überleben. Referenten giebt es für das Plenum nicht, es sei denn, daß es sich um Commissionsberichte handelt. Diese dem englischen Parlament nachgeahmten Formen hatten bei ihrer Einführung viele Bedenken ergrauter Geschäftsordnungsgelehrten zu überwinden. Man fürchtete insbesondere, daß daraus eine zeitraubende Weitläufigkeit der Verhandlungen entstehen werde.

Die Erfahrung hat aber das Gegentheil dargebracht. Unwichtige Dinge werden jetzt weit rascher abgethan als früher. Für wichtige Vorlagen ermöglichen die neueren Formen dagegen eine weit eingehendere und sachgemäßere Behandlung als früher. Die Plenarberatungen sind jetzt zahlreicher, belebter und interessanter als sonst. Insbesondere die ersten Beratungen ermöglichen es jedem Mitglied, vor einer noch unbefangenen, nicht durch Commissionen oder Referenten beeinflussten Versammlung seine Ansicht zur Geltung zu bringen. Commissionsberatungen und Referenten sind in der Hauptsache Stützen für die Majorität; um so wichtiger ist ein Stadium der Beratung, in welchem die Majorität ohne diese Befestigungsmittel den Angriffen der Minorität gegenüber Stand zu halten hat. In der ersten Zeit nach Einführung der neuen Geschäftsordnung wurde allerdings der Werth der Plenarberatungen etwas überschätzt und in Folge dessen ließ man Commissionsberatungen seltener eintreten, als namentlich in so großen Versammlungen gegenüber einer nicht aus der Majorität hervorgegangenen Regierung zu rechtfertigen ist. Jetzt sind die Commissionsberatungen wieder häufiger geworden. Die Commissionsberatungen geben aber in großen Fragen nicht wie früher die Directive für das Plenum, sondern umgekehrt das Plenum gibt durch seine vorherigen Verhandlungen die Directive für die Commission. — Warum wollen sich nicht größere Stadtverordnetenversammlungen diese parlamentarischen Erfahrungen zu Nutze machen? Wenn so vielfach über Theilnahmlosigkeit der Bürger bei Stadtverordnetenwahlen geklagt wird, so trägt die im Publikum wenig Kenntniß und Interesse erweckende Behandlung der städtischen Angelegenheiten vorwiegend im geheimen Commissionen mit dem ganzen bürokratischen Apparate von Berichten und Referenten daran nicht unwesentlich die Schuld. Welcher Unterschied besteht beispielsweise zwischen der Art, wie die Berliner Stadtverordnetenversammlung und wie der Reichstag eben jetzt den Haushaltsetat pro 1875 behandelt hat? Im Reichstage finden neben den das Detail verarbeitenden Commissions- und Gruppenberatungen eine große Reihe lebendiger Plenarberatungen über den Etat statt, in denen alle größeren Prinzipienfragen erörtert und auch entschieden wurden. In der Berliner Stadtverordnetenversammlung dagegen verschwand der Etat, ohne Gegenstand allgemeiner Besprechung oder öffentlicher Verhandlung zu sein, alsbald in einer Commission. Nur bruchstückweise drang aus den Commissions-Beratungen etwas

in die Öffentlichkeit. Endlich, unmittelbar vor Weihnachten erschien der Commissionsbericht auf der Tagesordnung. Bis auf einige allerdings erheblichere Streitpunkte zwischen Magistrat und Stadtverordnetenversammlung war indeß Alles hinter den Coulissen beglichen und abgemacht.

Man sprach jetzt nur noch über diese Streitpunkte, aber auch nur wenig, da die Entscheidung ja feststand. Aus dieser öffentlichen Verhandlung vermag aber das Publikum nicht einmal den Kern des Streites zu entnehmen, geschweige denn sich ein Bild vom gesammten Etat und der ganzen Finanzlage der Stadt zu machen. Kommt es nun wirklich zum ernsthaften Kampf zwischen Magistrat und Stadtverordneten, so haben letztere nichts gethan, um sich in der öffentlichen Meinung feste Stützen zu schaffen.

In der Breslauer Stadtverordneten-Versammlung ließ man bisher die verschiedenen Abschnitte des Etats durch verschiedene Fachcommissionen beraten, das denkbar Falscheste, weil dabei das einheitliche Finanzinteresse, insbesondere das Interesse der Steuerzahler vollständig zurücktreten muß hinter einem Wettlaufen der Fachcommissionen auf größtmögliche Ausleerung des allgemeinen Geldbeutels zu Gunsten des besondern Lieblingsfachs.

Wenn man nun allerdings jetzt auf die Beratung der Fachcommissionen noch eine Beratung durch eine allgemeine Staatscommission folgen läßt, so ist zwar die Möglichkeit für letztere gegeben, nach hartem Kampf die von den Fachcommissionen bereits aufgeworfenen Schanzen zu Gunsten der Steuerzahler wieder einzunehmen; eine derartige Commissionsberatung durch zwei Instanzen hindurch kann aber die Staatsberatung im Ganzen bis zum Ueberdruß schleppend und langweilig gestalten. Wenn hiernach den größeren Stadtverordneten-Versammlungen die Geschäftsordnung des Reichstags und Landtags auch im Ganzen als Muster empfohlen werden kann, so muß bei der Anwendung derselben freilich die verschiedene Natur der einer Stadtverordneten-Versammlung obliegenden Geschäfte Berücksichtigung finden. Da die Vorlagen einer Stadtverordneten-Versammlung in den wenigsten Fällen mehrere Artikel oder Paragraphen umfassen, so wird die dritte Lesung im Plenum ganz fortfallen können, auch die zweite Lesung sich unmittelbar an die erste anschließen dürfen, wenn nicht eine erhebliche Zahl von Stadtverordneten widerspricht. Die Hauptsache bleibt, daß alle Gegenstände zunächst einer Plenarberatung zu unterziehen sind, und zwar einer Plenarberatung ohne Referenten. Für die Commissionsbildung würden wir empfehlen, wie im Reichstag und Landtag Abtheilungen zu formiren. Die Wahl durch die ganze Versammlung auf Vorschlag des Vorstehers läßt eine Minorität oder Opposition schwerer auskommen, erschwert namentlich jüngeren Mitgliedern die Theilnahme an Commissionen, kurzum trägt wesentlich dazu bei, ein „Brammenthum“ zu erzeugen, über das in der Berliner Versammlung von einer Seite so lebhaft geklagt wird. Vielleicht kann man zur Vereinfachung alternativ neben der Bildung der Commissionen auch Abtheilungen gestatten, es durch einen Ausschuss dem Vorsteher zu übertragen, in Uebereinstimmung mit sämmtlichen aus verschiedenen Parteien oder Gruppen der Versammlung zu entnehmenden Beisitzern die Deputationen zu bilden. Auch was die Geschäftsordnungen für die Plenarsitzungen anbelangt, sind die parlamentarischen Geschäftsordnungen fortgeschrittener.

Die „faktischen Bemerkungen“ in der Discussion, das für und wider den Schluß der Discussion Reden kommt außer in der Berliner und Breslauer Stadtverordneten-Versammlung nur noch im preussischen Herrenhause vor.

Alle Stadtverordneten-Versammlungen sind in formellen Dingen überaus conservativ und zu ebenso schwerfälligen wie verschleppenden Verhandlungen geneigt. Das rührt daher, daß sie niemals einer localen Neuwahl unterliegen, ihre Thätigkeit außerdem nicht sich in bestimmte Sessoren abgrenzt. Letzteres ließe sich auf dem Wege der Geschäftsordnung insofern ändern, als man vorschreiben könnte, daß nach Ablauf des Kalenderjahres alle unerledigten Sachen entweder neu eingebracht werden oder doch wenigstens als nettelingebrachte behandelt werden müßten. Jedenfalls müßte zu Neujahr stets eine Erneuerung sämmtlicher Commissionen stattfinden.

Breslau, 13. Januar.

Schon nach der ersten Lesung des deutschen Civilhegesetzes unterliegt es keinem Zweifel, daß dasselbe mit großer Majorität angenommen und dadurch auch der Herrschaft der Geistlichen in Baiern ein Niesel dorgehoben wird. Die Phrasen des Abg. Jörg wurden durch seinen Landsmann Böck, und die Bedenken, als herlose das Gesetz gegen die bairische Verfassung und Verlebe die bairischen Reservatrechte, durch den bairischen Justizminister v. Jausen gründlich widerlegt. Außer dem Centrum werden höchstens noch einige preussische Hochconservative, die sich natürlich noch nicht in die neue Lage der Dinge finden können, gegen das Gesetz stimmen.

Entgegen früheren Nachrichten über das wahrscheinliche Scheitern des Bankgesetzes wird heute von mehreren Seiten mitgetheilt, daß dasselbe ganz bestimmt in dieser Session noch zu Stande kommt; es werden zwar im Plenum noch lebhaft Debatten geführt werden, aber über die leitenden Grundsätze: Reichsbank, Contingentirung, Entschädigung u. s. w., sei man allerseits einig.

Als Curiosum theilen wir folgendes mit: Bekanntlich hat Don Carlos in Dnnate eine Universität gegründet, an welcher „katholische Wissenschaft“ gelehrt werden soll. Nach dem „Cuartel Real“ war es eine der ersten Thesen der neuen Universität, den verantwortlichen Redacteur der Berliner „Germania“, Herrn Reichstags-Abgeordneten Majunke, zum Ehrendoctor zu ernennen.

Der Zwist im Lager der österreichischen Föderalisten tritt immer greller hervor. Ein bemerkenswerthes Symptom hierfür ist die folgende Notiz des in Wien erscheinenden föderalistischen Organs „Der Osten“.

„Zwischen der parlamentarischen und außerparlamentarischen Opposition tritt eine heftige Fehde eingetreten und scheint letztere die erstere zum Ausritte aus dem Reichstage drängen zu wollen. Nun wird aber von den meisten in dem Reichstage eingetretenen Abgeordneten berichtet, daß sie ihre Stellung nicht so ohne Weiteres ändern können, ohne ihre Position in der Heimath zu gefährden. Es liegt auf der Hand, daß einem solchen Einwande eine gewisse Würdigung zu Theil werden muß. Wir waren und sind für strengste Passivität, uithen, daß sie mit eigener Hand das mühsam den Reichsrathe nicht zumachen, irgend einen gefährlichen Schritt untergraben. Frontveränderungen

führt werden, und je schwieriger die Lage unserer Gefinnungsgenossen im Reichsrathe ist, desto weniger kann es unser Verus sein, ihnen noch neue Hindernisse auf ihre Pfade zu setzen.“ Die Hegeleben des „Vaterland“, welches neuestens auch zum Organe der spirituellistischen Thorheiten geworden, sind daher durch und durch verwerflich.

Aus Innsbruck wird der Tod eines Führers der Verfassungspartei, des Reichsraths-Abgeordneten Dr. v. Grebner gemeldet.

In Italien sieht man binnen Kurzem einem Ministerwechsel entgegen. Wie man den „S. N.“ aus Rom schreibt, hat der König, der wohl fühlt, daß es so nicht weiter gehen kann, in der letzten Zeit Herrn Sella mehrmals rufen lassen, um mit ihm die Bildung eines neuen Cabinets zu besprechen. Den umlaufenden Gerüchten zufolge will Victor Emanuel den ehemaligen Ministerpräsidenten Baron Nicasoli, der einst in Florenz die Abkantung des Großherzogs von Toscana bewirkte, wieder zum Chef des Cabinets, Herrn Sella wieder zum Finanzminister und Herrn Lanza wieder zum Minister des Innern ernennen. Nehnt Nicasoli, wie zu vermuthen steht, die Ehre ab, wieder in den Staatsdienst zu treten, so dürfte wohl Sella selbst Ministerpräsident werden.

Der Minister des Innern Cantelli erließ an die Präfecten des Königreichs Italien folgendes Circularschreiben:

Rom, den 29. December 1874. „Ich mache den Präfecten, welche mich über die dem General Garibaldi durch die Vertreter von Communen und Provinzen zugesprochenen Pensionen benachrichtigten, schon die Bemerkung, daß solche Beschlüsse trotz des hochherzigen Zweckes und der hervorragenden Verdienste des Generals Garibaldi den Verordnungen des Art. 2 des Gesetzes vom 14. Juni 1874 zuwider und daß sie deshalb kraft des Art. 227 des Gesetzes vom 20. März 1865 nichtig seien. — Den Communen und Provinzen steht es nicht zu, nationale Belohnungen zuzuerkennen; dies ist Sache des Staates. Um aber den großen Bürger zu ehren, hat die Deputirtenkammer einen Gesetzesvorschlag votirt, der schon dem Senate vorgelegt ist. Die Beschlüsse der Communal- und Provinzialräthe über die Pensionen des Generals Garibaldi können somit nicht ausgeführt werden, da sie dem Gesetze entgegen sind. Ich bitte Euer. . . dieses den Vorständen der bez. Administrationen mitzutheilen und darüber zu wachen, daß es auch beachtet werde. Ich erwarte eine Beantwortung dieses Schreibens. Cantelli, Minister.“

Die Begünstiger des Gesetzes-Vorschlages über eine lebenslängliche Pension für den General Garibaldi gedenken denselben in Folge der ablehnenden Antwort des Generals fallen zu lassen. Was das obige Verbot des Ministers des Innern betrifft, so meint eine römische Correspondenz der „N. Z.“, daß dasselbe manchen kühneren Patrioten in Rom selbst ganz zu recht gekommen sei. Wenigstens sei der Vorschlag des Municipalarthens Anieni, den General Garibaldi aus der Stadtkasse zu pensioniren, bei dem römischen Präfecten lange genug liegen geblieben und man habe gefunden, daß es mit dem Gemeindevermögen sehr schlecht stehe. Durch jenes Verbot sei man nun mit einem Male aller Schwierigkeiten in dieser Angelegenheit überhoben.

Bemerkenswerth ist eine Ansprache, welche der Papst am Festtage der heiligen drei Könige an die Deputationen sämmtlicher katholischer Vereine Italiens gehalten hat. In derselben sprach er nämlich seine Unzufriedenheit mit den Regierungen aus, welche die Civilehe eingeführt haben und heftigste Freiheit der Kirche zu erklären, damit ungeachtet katholische Religion, sagte er, sei noch nie besiegt und werde auch in der Folge nicht unterliegen. Am Schlusse seiner Rede sprach Pius IX. den Segen über das im Glauben einige Italien und ertheilte allen Anwesenden den apostolischen Segen. — Der „Gazetta d'Italia“ wird aus dem Vatican geschrieben, daß Cardinal Antonelli den Papst zu bewegen suche, die Thronbesteigung Napoleons IV. zu begünstigen und die Sache des Grafen Chambord aufzugeben.

Scheint es hiernach, als ob man die Thronbesteigung Napoleons IV. im Vatican als etwas nicht gar so fern liegendes betrachte, so würde, wenn man dem Berliner „Tageblatt“ glauben wollte, auch in Frankreich bereits an das nahe Vorstehen einer solchen Katastrophe gedacht. Wir theilen der Curiosität wegen die darauf bezüglichen Aeußerungen des genannten Blattes mit. Dasselbe schreibt alles Ernstes in seiner heut ausgegebenen Nummer:

„Wie man uns mittheilt, spizen sich in Paris die Dinge zu einer Katastrophe zu, die schneller eintreten kann, als man noch vor wenig Tagen glauben mochte. Nach gestern hier in Berlin eingelangenen Nachrichten sind die Vorbereitungen zu einem Staatsstreich sehr sorgfältig vorbereitet, und allerdings muß das undurchdringliche Schweigen, welches die Bonapartisten und ihre Organe seit einiger Zeit beobachten, in hohem Maße auffallen.“

Wir lassen es unsererseits natürlich dahingestellt, ob der Zeitpunkt, in welchem diese oder eine ähnliche „Katastrophe“ in Frankreich eintritt, ein gar so naher ist; das aber stellen auch wir nicht in Abrede, daß die Dinge in Frankreich einer solchen Wendung zutreiben. Wir sind überzeugt, daß die gegenwärtigen Verwickelungen trotz aller List und Hinterlist der Orleansisten zuletzt doch Niemandem mehr nutzen werden, als den Bonapartisten. Wir glauben, daß sich auch in dieser Beziehung die Worte eines Pariser Correspondenten der „N. Z.“ als richtig erweisen dürften, welcher freilich in anderer Beziehung die Bemerkung macht: „Es ist nicht die Vernunft und die Logik, welche in der jetzigen Situation den Ausschlag giebt, sondern die Intrigue, die Dummheit und der Zufall, der die Stimmen bald so und bald anders gruppiert. Und eben weil dem so ist, spielt das Unvorgesehene, das Widersinnige, das Vornirte eine so große Rolle in der Geschichte dieses so schönen wie jezt so unglücklichen Landes, das einst so glänzende politische Köpfe erzeugte und das jezt in Versailles, fast möchte man bei manchen Sitzungen sagen, nach Versailles eine Cretinen-Anstalt geschickt hat; wiederholt doch selbst der „Moniteur“ den Ausdruck seines „Elets“ an den dormaligen politischen Vorgängen.“

Was das zunächst zu erwartende neue Ministerium betrifft, so wird dasselbe voraussichtlich aus folgenden Mitgliedern bestehen: Herzog v. Broglie, Herzog Decazes, Herzog d'Audiffret-Pasquier, von Cisse, von Fourtou, Depierre, Deseilligny, Mathien-Bodet und von Montaignac. Das Organ der Prinzen von Orleans, das „Journal de Paris“, bezeichnet ein solches Cabinet als „le ministere des tous les talents.“ Ein solches Ministerium wäre dem Lande und dem Marschall Mac Mahon gewiß zu wünschen. Eine Pariser Correspondenz der „N. Z.“ bezeichnet jene Ministerliste, welche übrigens auch von dem „Soir“ gebracht wird, als „wohl aus der Luft gegriffen“, da man sich jezt unmöglich annehmen könne, daß Audiffret-Pasquier sich dazu hergeben werde, mit de Fourtou und Deseilligny in einem Cabinet zu sitzen.

Ueber den Empfang, welchen der neue König von Spanien zunächst an Bord der königlichen Fregatte, welche ihn nach seinem Heimatlande zu bringen bestimmt war, und sodann in Barcelona gefunden hat, berichtet die „N. Z.“: „Es war am Sonnabend Morgen um 6 Uhr, als das königliche Geschwader, aus den Kriegsschiffen Navas de Tolosa, Numancia, Victoria und

Ciudad de Cadix bestehend, vor Barcelona ankam; drei Stunden später lag es im Hafen vor Anker. Salutschüsse von der Flotte und von dem Fort Montjuich kündigten die Ankunft der neuen Majestät an und die Empfangs-Deputation, an ihrer Spitze General Martinez Campos, der Held des neuen Staatsstreiches, begab sich an Bord der königlichen Fregatte. Der junge Herrscher antwortete auf die Ansprache in einer kurzen Rede, in welcher er seine Absicht kundgab, in constitutioneller Weise zu regieren. Auf elf Uhr wurde die Landung festgesetzt. Ein Zelt war aufgeschlagen worden und in demselben ein Thron errichtet. Um diesen versammelten sich die bürgerlichen und militärischen Behörden der Provinz, sowie die Vertreter zahlreicher öffentlicher Körperschaften des ganzen Landes. Als der König unter neuen Salutschüssen und vielem Jubelgeschrei der Matrosen und der Volksmenge landete, verlas der Bürgermeister von Barcelona eine Ergebenheitsadresse im Namen der Stadt, auf welche der König kurz antwortete. Ein Wagen war bereitgestellt; aber Don Alfonso zog es vor, sein weißes Streifband zu befeigen, um auf diesem, nachdem er noch eine Anzahl von Adressen entgegengenommen, zwischen einer Cavallerie-Abtheilung und seinem Stabe und Gefolge über den Friedensplatz und unter Triummbogen her in die baumbepflanzte Rambla, die große Fußsaderstraße Barcelona's, hineinzureiten. Sein nächstes Ziel war die Kathedrale. Vor derselben kam ihm ein vom Erzbischof geführter Zug von Geistlichen entgegen. Der König stieg ab, kniete nieder und küßte ein vom Erzbischof ihm dargebotenes Crucifix. Alsdann wurde er mit Aufwand alles geistlichen Pompes in die Domkirche und an den Altar geleitet, wo er während des Te Deums stand. Aus der Kathedrale, in der Frauen ihm Hand und Gewand lösten, wurde der König in die Halle des am Constitutionen-Platz gelegenen Rathhauses geleitet, wo er nach einem Gabelfrühsstück eine große Zahl hervorragender Leute vorstellen ließ. Nachmittags hielt er eine große Heerchau auf der Rambla ab; Abends besuchte er die Oper. Seine Abfahrt nach Valencia erfolgte am Sonntag Nachmittag. Der Erzbischof, welcher in der Stadt des Eid thront, wird, da er noch unlang das Te Deum für Alfonso XII. verweigerte, wohl nicht in der Stimmung sein, den neuen König und Rivalen von Don Carlos so zu empfangen, wie sein Amtsbruder von Barcelona. Das ist wohl auch der Grund, weshalb ein anderer Kirchenfürst, der Cardinal-Erzbischof von Valladolid, nach Valencia gereist ist, um Don Alfonso zu begrüßen. Zu gleichem Zwecke hat sich aus Madrid eine große Deputation von Granden und Generalen nach Valencia begeben.

Um sich zu trösten über den Verdruss, den ihnen die Thronbesteigung Alfonso's XII. bereitet hat, verbreiteten die Carlisten im Auslande die Nachricht, daß Elío auf Burgos und Dorregaray auf Madrid marschire. Inzwischen beschränkt sich alles, was aus Burgos und den weiteren Umkreisen zu melden ist, auf die Mittheilung der dortigen Militärbehörde, daß ein Theil der Beizung von Castro Urbalea eine Carlistenbande bei Dñanez überfallen und mit Verlust an Verwundeten und Gefangenen in die Flucht geschlagen habe. Ueber Dorregaray's jehigen Aufenthalt scheint noch keine Gewißheit zu herrschen. Berichte aus Catalonien melden, daß der General Despujol in Calaceite den Barden Gamundi und Belasco eine Niederlage und erhebliche Verluste beigebracht habe. Nach einer Mittheilung des Militär-Gouverneurs von Lerida verluchten die Carlistenführer Moore, Ertisany, Mirer, Camat, Camps und Guin mit 4300 Mann nebst Cavallerie und Artillerie einen Handreich gegen Balaguer, wurden aber von der Besatzung dieser Stadt zurückgeworfen. Die amtliche Zeitung vom 10. d. M. meldet, daß die Carlisten in der Provinz Valencia bei Binazoz mit großen Verlusten — sie bühnten 40 Tode, viele Verwundete und 138 Gefangene ein — in die Flucht geschlagen wurden.

Deutschland.

© Berlin, 12. Jan. [Der Staatshaushalts-Stat. — Die Bürgermeister-Conferenz.] Einige Blätter verbreiten die Nachricht, daß die Feststellung des Staatshaushalts von Seiten des Staatsministeriums erst im Laufe dieser Woche erfolgen werde, und sprechen die Besorgnis aus, daß die Vorlage desselben sich verzögern und dem Landtage daher nicht Gelegenheit gegeben werde, sich sofort mit dem so wichtigen Gegenstande vertraut zu machen. Diese Darstellung ist durchaus irrig. Die Feststellung des Etats hat bereits in voriger Woche stattgefunden und hat derselbe auch schon die Genehmigung des Königs erhalten, so daß die Vorlage sofort nach der Genehmigung im Ministerium des Innern ist. Am 12. d. M. ist eine Städteordnung gepflogen worden sind, haben folgende Bürgermeister theilgenommen: Gobrecht (Berlin), Beyer (Potsdam), Jordanbeck (Breslau), v. Winter (Danzig), Hasselbach (Magdeburg), Burcher (Stettin) und Kohleis (Posen). Wenn in einigen Blättern behauptet wird, der Entwurf habe eine so wenig günstige Aufnahme gefunden, daß die Vorlage desselben wohl als vertagt anzusehen sei, so ist darauf hinzuweisen, daß die Beratungen überhaupt noch nicht beendet sind, indem heute Abend noch eine Sitzung stattfinden wird, und daß es von vornherein zweifelhaft war, ob die Regierung den Entwurf sofort zur Vorlage beim Landtage bringen werde. Die Regierung scheint, wie man erfährt, überhaupt nach dem Plane verfahren zu wollen, daß sie in erster Linie nur diejenigen Gesetzesentwürfe dem Landtage vorlegt, welche unmittelbar zur Vollendung der auf der Grundlage der Kreisordnung angebahnten Organisationsreform wesentlich erforderlich

Stadt-Theater.

(Debüt des Fräulein Richter.)

Als wir gelegentlich unserer Besprechung der letzten Dilettanten-Vorstellung des Frä. Richter gedachten und ihre Befähigung für die Bühne unbedenklich anerkannten, hätten wir nimmermehr vermuthet, einige Wochen später der noch auf den ersten Stufen des Kunstnoviziats stehenden jungen Dame als „Agathe“ im hiesigen Stadttheater begegnen zu müssen. Welchen Zweck dieses Debüt hatte, bleibt unverständlich. Daß ihr gesanglich noch Mangel, schauspielerisch aber geradezu Alles fehlt, um vor ein parteiloses Publikum treten zu können, brauchen wir am Wenigsten ihrem vortrefflichen Lehrer, Herrn Hirschberg, zu sagen. Zur Erlangung der Sicherheit genügt selbstverständlich dieser einmalige Versuch nicht, — nebenbei bemerkt ist unser Kunstinstitut auch keine Theaterschule! — das Urtheil der Kritik war bereits gefällt, bleibt also nur der Wunsch übrig, sich von einem zahlreichen Freundeskreise und einer ihr noch unbekannten, aber unter Umständen nicht weniger beifällsbereiten Gesellschaft durch Applaus und Hervorrufe feiern zu lassen. Das ist ihr natürlich gelungen, nun steht die Künstlerin fertig da! Und wenn sie uns zehnmal versicherte, ihrer großen Mängel sich vollkommen bewußt zu sein, wir Referenten wissen, was wir von solchen bescheidenen Bekenntnissen zu halten haben, wir wissen, daß der verdächtigste Beifall oft unsere begünstigsten Ausstellungen und Rathschläge überbietet und diese Erfahrung müßte doch Herr Hirschberg in der geraumten Zeit seiner erfolgreichen Thätigkeit gleich gemacht haben! Er sollte die Resultate seiner Mühen durch solche Wagnisse nicht gefährden lassen! Doch das ist seine Sache. Im öffentlichen Kunstinteresse aber handeln wir, wenn wir das offenbare Talent dieser jungen Dame erhalten und sorgfältig ausgebildet wissen wollen. Schöne Stimmen sind wie der Vogelgesang Gemeingut, jeder an ihnen begangene Frevler ist ein Unrecht gegen die gesammte Menschheit.

Und was soll man nun von dieser ersten Leistung sagen, was soll auf Rechnung erklärlicher Befangenheit gesetzt, was mangelhaften Vorkenntnissen zugeschrieben werden? In gesanglicher Beziehung zeigte sie kurz gesagt, daß sie einst das Richtige treffen wird, ein Gleiches läßt sich aus den embryonischen Regungen für ihre künftige Schauspiel-

find. Dies würden also die Entwürfe über die Provinzialordnung, den Dotationsfonds und die Verwaltungsgerichte sein. Es wird dann von dem Verlauf der Verhandlungen und der zur Verfügung stehenden Zeit abhängen, wie weit noch andere ergänzende Vorlagen sich anschließen können. Wenn aber auch nur jene drei Vorlagen zum legislativen Abschluß zu bringen sein sollten, so würde die Session schon als eine sehr fruchtbare zu bezeichnen sein. — Der Bezirks-Präsident von Lothringen, v. Puttkamer, hat sich bereits von der Regierung in Gumbinnen verabschiedet und ist hier eingetroffen. Bis Ende dieser Woche wird er in Berlin verweilen und alsdann unmittelbar auf seinen Posten abgehen.

— Berlin, 12. Januar. [Vom Bundesrath. — Ein Leichenschaugeheß. — Die Eisenbahntarife.] Der Bundesrath hielt heute Mittag 1 Uhr im Reichstage unter dem Vorsitz des Präsidenten Delbrück eine kurze Plenarsitzung, in welcher es sich lediglich um die Stellung zu dem Naturalleistungsgesetz handelte. Es wurde beschloffen, den vom Reichstage in der zweiten Lesung acceptirten Verpflegungssatz von 1 Mark statt 75 Pfennige abzulehnen und den letzteren auf 80 Pfennige zu fixiren, von der Zustimmung des Reichstages zu diesem Satz aber das Zustandekommen des Gesetzes abhängig zu machen. — Der bairische Justizminister Dr. von Fäustle war diesen Vormittag erst hier eingetroffen und unmittelbar vom Bahnhof in die Sitzung des Reichstages geeilt, um sich an der Debatte über das Civilehegesetz zu betheiligen, da die Opposition des Centrums gerade gegen die bairische Regierung durch die ultramontanen bairischen Blätter angekündigt war. Die sachgemäße Abfertigung, welche der Minister den maßlosen Ausfällen der Herren Jörg und Hauck auf die bairische Regierung zu Theil werden ließ, fand im Reichstage lebhaften Beifall. Zur zweiten Lesung des Civilehegesetzes werden mehrere Abänderungsvorschläge vorbereitet. Der Abg. Jinn beantragt zu § 58 als neue Nummer für die Civilstandsregister einzufügen: „5. Ursache des Todes, wenn möglich ärztlich bezeugt und folgende Resolution: „Der Reichstag wolle beschließen, den Reichskanzler aufzufordern, dem Reichstage baldmöglichst ein Gesetz über die Einführung der obligatorischen Leichenschau im deutschen Reiche vorzulegen.“ Wir haben — wie hierbei erinnert sein mag — bereits mitgetheilt, daß die Commission für eine Reichs-Medicinalstatistik dem Bundesrath den Entwurf zu einem Leichenschaugeheß vorlegen wird. Die Reichsregierung selbst ist dazu fest entschlossen. Es bestand übrigens die Absicht, die Anträge zum Civilehegesetz durch eine freie Commission vorberathen zu lassen um die Berathung möglichst zu vereinfachen und abzukürzen. — Heute hat hier eine General-Versammlung des Vereins der deutschen Privatbahnen stattgefunden, in welcher beschloffen worden ist, in einer an den Bundesrath zu richtenden Denkschrift vom rechtlichen und vom finanziellen Gesichtspunkte aus Verwahrung einzulegen gegen die Annahme der Vorschläge, welche das Reichseisenbahngesetz in einer mehrfachen erwähnten Denkschrift über die Reform der Eisenbahntarife, gemacht hat. Der Verein der Deutschen Privatbahnen führt aus, daß bei Annahme dieser Vorschläge die Wirkungen der (20procentigen) Tarifierhöhung für die Eisenbahn-Verwaltungen völlig verloren gehen würden, während doch die Gründe, welche im vorigen Jahre auch der Reichsbehörde eine angemessene Erhöhung der Tariffätze hätten notwendig erscheinen lassen, insbesondere die Steigerung der Gehälter und Löhne auch heute noch fortbeständen. Zwar seien die Betriebsmaterialien seither billiger geworden allein die Ausgaben für dieselben betrugen nur 15% der Gesamtausgaben. Der Beweis für das Fortbestehen jener Gründe wird u. A. durch den Hinweis auf die niedrigen Dividenden des Jahres 1873 geführt und es wird hinzugefügt, daß das Betriebsjahr 1874 für die meisten Bahnen noch ungünstigere Resultate gehabt habe, als das Jahr 1873. Billige Eisenbahntarife würden auch die Industrie in den Stand setzen, über den Bedarf des Landes hinaus zu arbeiten und doch seien die jetzigen Salarmitteln wesentlich darauf zurückzuführen, daß in den letzten Jahren die Production über den Bedarf des Landes hinaus sich gesteigert habe und die Arbeitskräfte nicht den Arbeitslöhnen entsprechend leistungsfähig gewesen seien. Noch weniger gerechtfertigt erscheine es aber, das Kapital, welches in Eisenbahnen angelegt sei mit unerträglichen Lasten und Opfern nur deshalb zu belegen, damit die Landwirtschaft größeren Gewinn erzielen könne. Was die rechtliche Seite der Frage betrifft, so wird ausgeführt, daß diejenigen Eisenbahn-Verwaltungen, welche sich der, an sie in Folge des Bundesrathsbeschlusses vom 11. Juni 1874 ergangenen Aufforderung zur Annahme der Tarifierform gegen das Aequivalent der Tarifierhöhung verweigert hätten, dadurch einen Anspruch darauf erworben hätten, daß ihnen die für diesen Fall definitiv zugesicherte Tarifierhöhung nach wie vor verbleibe. Die Darstellung der Denkschrift des Reichseisenbahnamtes als seien die Erklärungen der Delegirten des Vereins

kunst nicht mit gleicher Sicherheit prognosticiren. Das falsche Athemholen in der Arie, dem außer der richtigen Phrasirung der Worte „zu Dir wende ich — die Hände“ die das Gebet abschließenden halben Noten zum Opfer fielen, mag die Bekommenheit verurtheilt haben, dagegen, waren der nicht durchweg tadellose Schluß der Schlusssätze, die rhythmische Ungenauigkeit, wie die Tempoverfleppung der dem Vivace vorausgehenden Recitative Mängel der Vorbereitung. Als Frä. Richter jüngst im 2. Act der „Martha“ sang und die als Magd verkleidete, zu niederen Diensten wenig ansehnliche Lady spielte, hatte ihre unfreie Action, weil gewissermaßen durch die Aufgabe bedingt, nichts besonders Auffälliges. Das Unbefohlene sah natürlich aus. Als „Agathe“ zeigte es sich jedoch, daß sie in schauspielerischer Beziehung renonce, die Mimik gänzlich unausgebildet, die primitivsten Begriffe von Arm- und Handhaltung ihr noch unbekannt sind. Sie bedenke, daß dies ein eigenes, schwieriges Studium ist, daß sie nicht eine Concertsängerin auf den Brettern, sondern eine dramatische Künstlerin im wahren Wortsinne einst heißen will! — Ob außergewöhnlich diese eingehenden Mahnungen erfolgreich sein werden, mag die Zukunft lehren; wenn nichts Anderes, so haben sie die wohlmeinendste Gesinnung für sich, die wir je dem Talente einer jungen Dame entgegen getragen haben!

Wir können das Referat nicht schließen, ohne mit einem volltönen-den Dankesworte unseres wackeren Künstlers Rieger zu gedenken, welcher nicht nur den „Exercenten“ gab, sondern für den am Morgen des Aufführungstages wieder plötzlich unspäth gewordenen Herrn Daller-Alte einsprang und ungeprobt den seit Decennien von ihm nicht gesungenen „Capar“ zur allgemeinen Zufriedenheit durchführte. Daß diese stets bewiesene freudige Opferwilligkeit selbster nicht wenig dazu beigetragen hat, ihm neben der Anerkennung auch die Liebe eines Publikums zu erringen, welches das Interesse der einzelnen Bühnenmitglieder für unser Kunstinstitut mit schärferen Augen controlirt, als diese Herrschaften es ahnen, mag Herrn Rieger zur Genugthuung gereichen!

der Privatbahnen im Widerspruch mit jenem Beschlusse des Bundesrathes abgegeben, wird als thatsächlich unrichtig bezeichnet und deshalb wird auch der Schlußfolgerung widersprochen, als ob von den betr. Eisenbahnverwaltungen die Tarifierform, von deren Annahme der Bundesrath in seinem Beschlusse vom 11. Juni 1874 die Tarifierhöhung abhängig gemacht habe, nicht definitiv sondern nur bedingungsweise angenommen worden sei.

© Berlin, 12. Januar. [Dritte Berathung des Landsturmgesetzes. — § 31 der Verfassung. — Liberales Programm für die Provinzialsynode. — Geschäftsordnungs-Antrag in der Stadtverordneten-Versammlung.] Gegen das Landsturmgesetz scheint sich ein parlamentarischer Sturm erheben zu wollen. Nach der Auffassung zahlreicher Abgeordneten ist durch die Annahme des § 5 der Vorlage, welche bekanntlich gestern mit 172 gegen 104 Stimmen erfolgte, die Barriere zwischen Landwehr und Landsturm beseitigt worden. Diefelbe soll bei der dritten Lesung wieder aufgerichtet werden. Gelingt dies nicht, dann soll eine nicht minder erhebliche Anzahl Reichstoten gegen das Ganze des Gesetzes zu stimmen entschlossen sein. Außerhalb des Reichstages wird man gut thun, diese Mittheilung nicht auf's Wort zu nehmen. Hochachtbare Mitglieder des Hauses, welche sich gestern unter den 104 befanden, sprechen zwar ihre verfassungsmäßigen Bedenken aus, sie fürchten aber nicht, daß die Militärverwaltung sich im Momente der Gefahr zunächst an die älteren ausgebildeten Jahrgänge halten werde, weil einer feindlichen Invasion gegenüber Alles helfen muß, was helfen kann. In solchen gefährlichen Momenten fallen die gesetzlichen Schranken von selbst, und kaiserliche Ordonanzen treten an die Stelle der Verfassungs-Artikel. Das mag bedauerlich sein, aber es ist so. Mit oder ohne Landsturmgesetz wird dann für die Vertheidigung des Vaterlandes gethan werden müssen, was selbst über die Forderungen des vorliegenden Gesetzes geht. Diese und viele andere Erwägungen, wozu auch die unausweichlichen Bewilligungen des Reichstages zur Kriegsführung gehören, scheinen eine erhebliche Zahl unserer Reichstoten zu bewegen, ihre politischen, finanziellen und volkswirtschaftlichen Bedenken zum Schweigen zu bringen und für das Ganze des Gesetzes zu stimmen. — Die in den Geschäften ergrauten Parlamentarier stellen dem Reichsbankgesetz nur soweit ein günstiges Prognostikon, als sie annehmen, daß in den Plenarverhandlungen des Hauses die von der Commission vorgeschlagenen Änderungen glatt modificirt werden. Ferner wollen sie wissen, daß man sich im Reichskanzleramt glücklich preisen wird, wenn die Gesetzesvorlage bis zum 23. d. M. fertig aus dem Reichstage hervorgeht. Sie rechnen folgendermaßen: die zweite Lesung der Commission dürfte Sonnabend zu Ende gehen, eine Subcommission wird sich wahrscheinlich mit der Zusammenstellung der Beschlüsse befassen, worauf die Referenten ihre schriftlichen Berichte erstatten und diese selbst festgestellt werden müssen. Wenn Alles gut geht, so nehmen diese Arbeiten eine neue Woche in Anspruch und das Haus wird somit erst in der letzten Woche dieses Monats an die Berathung des Bankgesetzes gelangen. Die Bankgesekommision arbeitet indessen unermüdlich und meistens in Nachsitzungen fort. — Die Declarirung des § 31 der Verfassung, wie sie bekanntlich der Antrag der Fortschrittspartei auf Schutz der Abgeordneten gegen Verhaftung während der Sessiondauer festgelegt wissen will, ist nicht von den Mitgliedern der nationalliberalen Partei unterstützt worden. Daraus zog man den Schluß, daß der Antrag nicht die frühere Majorität der Hovebed'schen Resolution erhalten würde. Heute verlautet indessen, daß die Nichtunterzeichnung des Antrages seitens der früheren Majoritätsmitglieder keineswegs ihre gegenheilige Abstimmung involvire. Dehnt sich diese Erklärung auf sämtliche Mehrheitsmitglieder aus, dann ist allerdings die Auffassung gerechtfertigt, daß wegen der unausweichlich zu erledigenden vier Vorlagen (der Gesetze über die Civilehe, Reichsbank, Landsturm, Naturalleistung) keine Zeit für den Abänderungsantrag des Artikels 31 der Verfassung übrig bleibt, und die Session geschlossen werden muß. — Von liberaler Seite innerhalb und außerhalb unserer parlamentarischen Vertretungen übt man einen berechtigten Druck auf die liberalen Mitglieder des Laienelements in der Provinzialsynode der östlichen Provinzen, damit sie bei dem bevorstehenden Zusammentritte derselben mit einem Programm auftreten, welches den kirchlich-fortschrittlichen Grund-sätzen innerhalb unserer Reformgesetzgebung entspricht. Es darf angenommen werden, daß dieser Wunsch schon deshalb in Erfüllung geht, weil hervorragende Mitglieder des Protestantenvereins, auf deren Mitwirkung in der Provinzialsynode gezählt wurde, von der Mitgliedschaft ausgeschlossen worden sind. — Die Bergpartei der hiesigen Stadtverordneten-Versammlung wird den Antrag ihres Mitgliedes Eugen Richter auf Abänderung der Geschäftsordnung in ihrer morgigen Sitzung mit der Maßgabe einbringen, daß über denselben binnen 14 Tagen das Referat abgefaßt werden soll. Voraussichtlich wird die Minorität

Redaktionsbesuche. *)

Seit Gustav Freytag den glücklichen Griff ins volle Journalistenleben gethan und das Interesse des größten Publicums auf die „Erzeugung einer großen Zeitung“ gelenkt hat, sind in den Anschauungen desselben gewisse Figuren und gewisse Scenen geradezu typisch geworden. Was immer auch nach ihm auf dem Gebiete des Dramas wie des Romans an Indiscretionen aus unsern Handwerksstätten gesündigt wurde, es vermochte jenen ersten Eindruck nicht zu verwischen, und jede weitere „komische Figur“ eines mit der Kritik gespannten Bühnenschriftstellers brachte es über eine mehr oder weniger matte Copie des „Schmock“ nicht hinaus. Hat sich gleich seit jener Zeit das Zeitungswesen aus seinen etwas primitiven Formen herausentwickelt, so ist an die Stelle der Seefschlange zumindest die orientalische Frage getreten, so ist doch der unveränderte und ewig unveränderliche Kern, der Grundzug des Journalismus, mit so glücklichen Strichen, in so lebensfrischen Figuren getroffen und hingeworfen, daß jeder Journalist, der auch heute noch mit Vergnügen zu den „Journalisten“ geht, eingestehen muß: „Ja, das bin ich, das sind wir und werden wir bleiben, so lange Morgen- und Abendblätter erscheinen, mögen wir nun die „Times“ redigiren helfen oder den „Boten des Glaubensbrot“ als souveräner Chef, Herausgeber und verantwortlicher Redacteur in Einer Person zusammenfassen!

Freytag's „Journalisten“ sind es denn auch, die den im großen Publicum landläufigen Begriff von Redaktionsbesuchen eingebürgert haben. Man sieht grazios-coquet die gastirende Tänzerin hineinschweben und von dem lyrischen Mitarbeiter umschwärmt werden, und in machem naiven Gemüthe regt sich stiller Reiz auf „diese Journalisten“, denen selbst die leuchtendsten Sterne des Kunsthimmels ihre Aufwartung machen. Wie gerne man's ihnen schenken möchte! Unter den vielen Dornen des Journalistenberufs ist einer der schärfsten und meistverwünschten der Redaktionsbesuch. Wenn man zwei, drei Posen, Zeitungen, Correspondenzen und Briefe vor sich aufgehäuft steht und mit peinlicher Bestimmtheit weiß, daß man in anderthalb Stunden sich durch den Wust hindurchgewunden und eine niedliche „Revue“

*) Unter dem Titel „Aus meiner Handwerksmappe“ erscheinen von Zeit zu Zeit in der „Deutschen Zeitung“ sehr interessante Skizzen aus dem Journalistenleben, von denen die obestehende sicher auch für unsere Leser nicht ohne Interesse sein dürfte. Die Red.

des „Sumpfes“ gegen diese Forderung als eine Majorisirung protestiren, aber der Erfolg wird unzweifelhaft der sein, daß der Richter'sche Geschäftsordnungs-Entwurf, welcher bereits von der Fraction des Berges durchberathen und gutgeheißen wurde, sowohl von der betreffenden Deputation, als von der Stadtverordneten-Versammlung selbst angenommen wird.

Δ Berlin, 12. Januar. [Die Debatte über das Civil-Gesetz.] Die Bankgesetzcommission. Wer für die heutige Plenarisation des Reichstags eine große weltgeschichtliche Debatte über den „Culturkampf“ erwartet hatte, fand sich sehr enttäuscht. Die praktische Bedeutung des Gesetzes über die Beurkundung des Personenstandes und die Eheschließung ist vorzugsweise in Baiern zu suchen, darum treten auch nur die bayerischen Ultramontanen in der Debatte auf, darum war es ganz und gar angezeigt, daß die Entgegnung vorzugsweise einem bayerischen Minister und einem bairischen liberalen Altkatholiken, wie Böhl zufiel. Der Gesetzesentwurf ist zwar auf des Reichskanzlers Verlangen mit einer fabelhaften Geschwindigkeit durch den Bundesrath durchgejagt; da er aber in den Haupttheilen sich dem ziemlich gründlich im Landtage durchberathenen preussischen Gesetze anschließt, so wird die am Donnerstag beginnende zweite Verathung im Plenum über große Schwierigkeiten nicht finden. — Das Hauptinteresse des Reichstags concentrirt sich auf die Bankgesetzcommission. Dieselbe beräth jetzt mit stets wachsender Corona. Gerade die bisher stattgefundenen Unmöglichkeit, das Resultat der Abstimmungen über principielle wichtige Fragen im Voraus zu bestimmen, und der große Eifer, mit welchem die wirtschaftlichen Gegner, unbekümmert um politische Parteilichkeit, einander bekämpften, gewährte den letzten Sitzungen, wie Commissionsmitglieder und Zuhörer übereinstimmend versichern, ein fast dramatisches Interesse. Bevor man vorgestern in die Debatte über den entscheidenden § 44 (19 und 20 des ersten Entwurfs) eintrat, galt es bei § 41 dem Bundesrath gegenüber zu treten, der wunderbar Weise Aufhören und Fortbestand der Reichsbank über den 1. Januar 1891 hinaus, lediglich von der Uebereinstimmung des Bundesraths mit dem Reichskanzler abhängig machen wollte. Die Abgeordneten Dickert und Lasker brachten Anträge, wonach auch der Reichstag sein Wort mitreden sollte. Schließlich fand ein, zwar auf allen Seiten nicht befriedigender, aber für die erste Lesung ausreichender Antrag des Abgeordneten Bamberger die Mehrheit, wonach die Concession der Reichsbank am 1. Januar 1891 erlischt, wenn nicht zuvor — durch Reichsgesetz — eine Verlängerung stattgefunden hat. Die Entscheidung über die Stellung der Privatnotenbanken, ob sie nach den Regierungsvorschlägen unter strengen Normativbestimmungen und der Verpflichtung der gegenseitigen Notennahme, nach der Concessionirung der Noten durch die Besteuerung, mit erweitertem Concessionsgebiet fortbestehen sollten, oder nach den Vorschlägen des Abg. Bamberger ohne die gegenseitige Notennahmepflicht, ohne Vermehrung der Einlösungstellen, die Erweiterung ihres Concessionsgebietes über ganz Deutschland für ihre zum Verkehr über enge Grenzen hinaus nicht geeigneten Noten erhalten sollten, war deshalb so sehr erwünscht, weil die Ziele beider Systeme aus den einzelnen Paragraphen sich nicht leicht erkennen lassen, und überall die Zweifel über die Zweckmäßigkeit der Mittel die Erwägungen durchbrachen. So war es denn gekommen, daß die Coalition von 9 Mitgliedern unter Bamberger's Führung z. B. für beide Regierungen-Systeme die unvermeidliche Bestimmung, wonach auch die Reichsbank verpflichtet ist, die Noten aller Privatbanken anzunehmen, um sie sodann zur Einlösung zu präsentieren, eine Mehrheit gefunden hatte. Das System Bamberger's bekam nun ein eigentliches Licht durch den Antrag eines der Coalitionsmitglieder, den württembergischen Griminister von Varnbüler, wonach die Notenbefugniß sämtlicher Privatbanken zur Notenausgabe zum 1. Januar 1891 ohne Entschädigung beendet sein sollte. Dieser Antrag war als Zusatzvertrag zu Bamberger's Antrag gestellt. Die Regierungen erklärten ihn indeß für gänzlich unannehmbar, und die bisherigen entschiedenen Gegner der Bamberger'schen Anträge ebenfalls. Der Antrag Varnbüler und Lasker's eingehende Entgegnung hatte nun den bayerischen Clericalen von Miller und von Aretin, auf deren Stimmen es in der Commission ankam, volle Klarheit darüber geschafft, daß der Bamberger'sche Weg unbedingt zur Abschaffung der übrigen Banken, einschließlich der trefflichen bayerischen Hypothek- und Wechselbank, führen müsse, während der Regierungsentwurf jede gute Notenbank, insbesondere die genannte bayerische Bank, in voller, ja gesteigerter Wirksamkeit neben der Reichsbank am Leben erhalten werde, — daß endlich hinter dem von Abg. Lasker so warm unterstützten Regierungsplan nicht eine Hinterlist im Interesse des Einheitsstaats stecke. Der Abg. von Miller gab über die neue Anschauung eine interessante Erklärung ab, — wie Bamberger sagte: „er weinte gerührte Thränen über dem Daudie des Abg. Lasker, daß dieser seine Protection der bayerischen Bank

von höchstens hundert Zeilen fertig haben muß, dann würde Einem selbst der Besuch des Heiligen Vaters, und wäre man eines Extralegens noch so bedürftig, keine freudige Ueberraschung bereiten. Dann mag zum Müßiggang die Patti oder zum Theatertrüffler die Clara Ziegler zehnmal nacheinander kommen, die Bureaufedern lassen sich in ihrem gleichmäßig ruhigen Weiterkritzeln auch durch solch ein sensationelles Ereigniß nicht im mindesten stören. Höchstens ein Bureauclericaler äußert seine Befriedigung, daß er die Berühmtheit ohne Entree so nahe gesehen.

Und dabei sind immer noch derartige Besuche, wenn gleich eine Plage für den Besucher wie den Besuchten, eine herzerquickende Dase in der tröstlichen Wüste des gewöhnlichen, beschwermten Bureaulbens. Der Redacteur des localen Theils, der Todtschläge, Selbstmorde und Feuersbrünste, weiß am meisten von dem Vergnügen zu erzählen. Regelmäßig zwei, dreimal im Jahre stellt sich ihm ein Todter vor, nämlich ein in den Spalten des Blattes Todtgesagter, um ihm drei Viertelstunden lang den unwiderstehlichen Beleg zu liefern, daß er wirklich und wahrhaftig noch am Leben sei. Ist der Lebendige = Todte glücklich vom Halse geschafft, so erscheint auch schon ein Herr in langem, sorgfältig bis unter's Kinn zugestüpftem Paletot, mit einem zweideutigen Cylinder, stark defecten Schuhen, kummervoller Miene und einem Bündel Schriften unter dem Arme. Der Mann ist ein — natürlich verkanntes — Genie und hat schon vor fünf Jahren eine welterschütternde Erfindung gemacht: entweder Streichholzchen, die nur im Wasser Feuer fangen, oder das unschätzbare Mittel, den nächsten Krieg zu gewinnen, oder auch die einfachste und billigste Methode, die Straßen mit Kanthut zu pflastern — Granit, Macadam und Holzbockel sind rein Pomade dagegen. Die Auseinanderlegung der höchst einfachen und sinnreichen Methode muß höchst verbeten werden, denn gerade heute liegen die Neuigkeiten in Fülle vor, aber das Duzend Anerkennungsschreiben sachmännlicher Autoritäten soll der Redacteur noch aber sich ergeben lassen. Die A. V. - Zeitung wird dem Manne gewiß zu seinem Rechte verhelfen, trotz der Reider und Hasser, denn seit ihrem Bestehen ist er ja ihr treuester — Leser. Weiß der Himmel wie der Redacteur den glücklich unglücklichen Erfinder endlich vom Halse bringt; eine halbe Stunde hat er doch mit ihm verloren und seufzend macht er sich wieder an die Arbeit.

Nicht für lange, denn alsbald rauschen in Sammt und Seide

angebeilten lasse.“ Bei der Abstimmung über den ersten Satz des Antrages Bamberger erhielt derselbe nur 7 von 21 Stimmen, die Stimmen Bamberger, Möhle, Sonnemann, Haanen, von Kardorff, von Schauf, Miller-Würtemberg, indem auch der Abg. Georgi (Leipzig) und von Varnbüler, die bisher zu der Coalition gehört hatten, unter besonderer Motivirung ihres Votums, dagegen stimmten. Hiernach scheint die Annahme der Regierungsvorlage in ihren wesentlichen Bestimmungen sowohl für die Commission wie für das Plenum gesichert zu sein.

**** Berlin, 12. Januar.** [Die Depeche über die Papstwahl. — Dementi. — Das Erkenntniß gegen den Grafen Arnim. — Die Pferde-Eisenbahn. — Die Klassensteuer.] Die Frage, welche Stellung die Europäischen Mächte der künftigen Papstwahl gegenüber einnehmen werden und welche Folgen eine gegen die Interessen der einzelnen Staaten gerichtete Wahl haben würde, wird von der ultramontanen Presse für bedeutungslos erklärt, da für die Praxis es ausschließlich darauf ankommt, ob die katholische Welt den neuen Papst anerkennen wird oder nicht. Diese Anschauung ist jedoch eine durchaus unrichtige. Abgesehen von den Verpflichtungen der italienischen Regierung gegen den Papst, welche nur einem rite erwählten Papste gegenüber Geltung haben, würden in den Staaten, deren Regierungen sich veranlaßt fühlen, den erwählten Papst nicht anzuerkennen, während die katholischen Angehörigen dieser Staaten denselben als ihr geistliches Oberhaupt respectiren, mit einem Schlage alle die Privilegien der katholischen Kirche und die damit zusammenhängenden Staatsdotationen aufhören. So würden beispielsweise in Preußen allen Bischöfen, mögen sie die Maigesehe befolgen oder nicht, die Temporalien entzogen, die Sammlungen für katholische Zwecke unterstellt werden. — Der Gouverneur von Berlin, General v. Stülpnagel, wird in einem Artikel des „Stuttg. Beobachters“ beschuldigt, die Steuern, welche er in seiner früheren Eigenschaft als Commandeur des 13. (Württembergischen) Armeecorps, von seinem Dienstverdienst zu entrichten hatte, allen Aufforderungen ungeachtet nicht gezahlt zu haben. — Diese mit trivialen Späßen gewürzte Anekdote wird uns aus zuverlässiger Quelle als völlig erdichtet beigegeben. Herr v. Stülpnagel hat bereits gegen den „Beobachter“ und gegen das hiesige „Tageblatt“, welches die Notiz nachdruckte, Strafanträge gestellt. — Das schriftliche Erkenntniß des königl. Stadtgerichts in der Untersuchung gegen den Grafen v. Arnim, ist schon seit einigen Tagen vollendet und befindet sich gegenwärtig in den Händen des Stadtgerichts-Directors Reich. — Bei Gelegenheit der zur Erörterung gelangten Frage, unter welchen Bedingungen einer hiesigen Pferde-Bahn-Gesellschaft (Berlin-Charlottenburg), deren Concession am 1. Juli d. S. abläuft, die Concession von neuem gewährt werden soll, hat das Handelsministerium sich dafür ausgesprochen, das System der Concessionirung auf Zeit den Pferdebahn-Gesellschaften gegenüber nicht fallen zu lassen und außerdem eine Uebertragbarkeit der Concessionen auf Dritte nicht zuzulassen. Das einzige Zugeständniß, welches das Ministerium im Principe machen will, besteht in einer Concessions-Dauer von 20 Jahren, gegenüber dem beispielsweise bei der Berlin-Charlottenburger Strecke festgesetzten Zeitraum von 10 Jahren. Die Erfahrungen, welche bei den Privat-Eisenbahnen gemacht sind, haben hierbei sicher zu Grunde gelegen. Es liegt in der That die Gefahr nahe, daß eine Gesellschaft, welche eine in der Zeit unbeschränkte und unbedingte Concession besitzt, allmählig zum Monopolisten wird und jede Concurrenz, sowie jede Berücksichtigung des öffentlichen Interesses ausschließt. — Die Aufhebung der Mahl- und Schlachtsteuer hat für Berlin die Einführung der Klassensteuer nöthig gemacht, und es ist selbstredend die Veranlagung und Einziehung dieser Steuer hier mit besonderen Schwierigkeiten verbunden. Aus diesem Grunde ist die Frage angelegt, ob das Einwohner-Meldeamt, welches bisher ausschließlich polizeilichen Zwecken diente, nicht auch für Steuerzwecke nutzbar gemacht werden könne. Die Frage ist nach allen Seiten erörtert, zuletzt aber, wie ich höre, beschlossen worden, zunächst noch Erfahrungen zu sammeln und die ohnehin geplante Reorganisation des Einwohner-Meldeamtes auf einige Monate zu vertagen. In der Zwischenzeit werden dem Magistrat beschleunigte Mittheilungen der polizeilichen An- und Abmeldung für die städtische Steuerdeputation, welche zugleich die Staats-Klassensteuer einzieht, zugesandt werden. Die Minister der Finanzen und des Innern haben sich mit diesem Arrangement dem Vernehmen nach einverstanden erklärt.

N. L. C. [In der Petitions-Commission] kam heute die Petition des socialdemokratischen Reichstagsabgeordneten Most, der bekanntlich eine längere Strafbuß in Böhmen erleidet, zur Verhandlung. Als Commissar nahm daran Theil der Geheim Rath Alsenborn und als Ueberreicher der Petition die Abgeordneten Lasker und Windthorst. Der Petent hatte 2 Anträge gestellt, einen allgemeinen, daß man auf das Zustandekommen eines Gesetzes hinwirken möge, welches die Behandlung politischer Gefangenen

Frau und Fräulein Zugenbacht herein und insiciren das Bureau, trotz der Virginia des Leitartiklers und des „echt Türkischen“ des localen Theiles, mit einem wahrhaft betäubenden Bisamduft. Frau Zugenbacht ist äußerst aufgeregt, so daß ihr fast die Stimme überschlägt und sie achillos ihre schöne Sammtrobe zerknittert; sie stürzt auf ihr Opfer los, daß es schier Miene macht, hinter den Sessel zu retiriren. Es ist auch keine Kleinigkeit; denn Frau Zugenbacht hatte sich gestern vor Gericht wegen einer Ehrenbeleidigung ihrer Hausmeisterin zu verantworten gehabt, und dabei waren allerlei fatale Dinge zur Sprache gekommen, beispielsweise über auffällige Besuche, die Frau Zugenbacht und ihre schöne Tochter selbst zu vorgerückter Nachtstunde von distinguirten Herren empfangen u. dgl. Das Alles steht nun wortgetreu, wie es sich gestern zugetragen, heute im Blatte, und darob ist Frau Zugenbacht sammt Tochter natürlich höchlich entrüstet. Sie fordern eine Gegenerklärung, eine Abbitte, eine Verichtigung. ... Es ist schon wahr, daß Herren zu ihnen kommen, auch spät Abends kommen, aber nur sehr anständige Herren, wie auch Frau und Fräulein Zugenbacht höchst anständig sind. Es ist nichts als eine elende Intrigue, die Ehre ihrer jungfräulichen Tochter zu schädigen; es ist nichts als Bosheit von dieser Furie von Hausmeisterin. Vergebens beruft man sich darauf, daß ja nur wiedergegeben wurde, was vor Gericht deponirt worden, daß die gesetzliche Beschwerde dagegen anderswohin gehöre; Frau Zugenbacht ballt nur die tadellos gantirten Hände, und das Fräulein, ein wirklich auffallend schönes, nur etwas fatigirtes Mädchen, schlägt die großen Augen magalenenhaft zum Himmel auf, und fast meint man, eine schwere Thräne an den langen Wimpern glänzen zu sehen. Da soll wirklich der Rufal redigiren!

Ein Herr mit buntem Carrirtem Shawl und kothbespritzten Stiefeln drängt sich endlich dazwischen. Er hält eine alte Nummer der A. V. - Zeitung in der Hand und tupft während des Sprechens immer mit dem Zeigefinger auf eine Stelle derselben. Er hat dafelbst nämlich gelesen, daß eine Dame von achtundzwanzig Jahren, von angenehmem Aeußern, sanfter Gemüthsart und mit 20,000 fl. Vermögen sich wieder zu verehelichen wünsche. Er will diese achtundzwanzig Jahre, das angenehme Aeußere und die 20,000 fl. und der Redacteur soll ihm Auskunft geben. Stille Heiterkeit im Bureau; man versucht ihm begreiflich zu machen, daß das ja im Inseratentheile stehe. Ja, aber doch in der Zeitung, und man muß da wohl wissen. ... Endlich

in zeitgemäßer Weise regle; den zweiten auf ihn selbst bezüglichen, daß man eine feiner Persönlichkeit angemessene Behandlung im Strafgefängniß zu Blößen setze, ihn von der Zwangsarbeit, Gefangenloft befreie und in der Wahl seiner Lectüre nicht beschränke. Da die Sachlage selbst schon durch eine frühere Verhandlung im Reichstag bekannt geworden ist, wollen wir nur hervorheben, daß die damals eine gewisse Sensation machende Behauptung, der Gefangene Most sei von dem obersten Beamten mit dem schimpfenden Wort empfangen, er sei viel schlechter als ein Dieb, nach den heutigen Mittheilungen des Commissars eine im wesentlichen unrichtige ist: weder war die Aeußerung selbst correct (es war in ganz anderem Zusammenhange gesagt, daß Most, der sich beschwerte, daß man ihn behandeln wolle wie einen Dieb oder gemeinen Verbrecher, sich gegen die öffentliche Ordnung vergangen habe und dies unter Umständen gefährlicher sei als Diebstahl oder ein anderes gemeines Verbrechen), noch gleich beim Eintritt, noch von dem empfangenden Beamten gethan. Der Commissar theilte die relevanten Punkte aus der in Blößen setzenden Hausordnung mit. Da keine schriftlichen Fragen der Referenten (Jenner und Lenz) darauf hingelegt hatten, war das Reichs-Justizamt von dem preussischen Justizminister nicht vollständig instruiert; weder über die Resorverhältnisse der Gefängnisse, noch über die Frage, ob eine verbindliche Instruktion für alle Gefängnisse in Preußen existire, konnte bestimmter Aufschluß gegeben werden. Lasker wünschte, daß die Petition in ihrem ersten Theil der Justizcommission überwiegen werden möchte. Weil die Plenarisation begonnen hatte, mußten die Verhandlungen abgebrochen werden.

Posen, 13. Januar. [Kirchenpolitische.] Der Decan Kullinski aus Guchowo ist am 2. d. M. durch einen Executor des Kosteners Kreisgerichts verhaftet und nach Kosten in's Gefängniß gebracht worden. Bei seiner Vernehmung über den Delegaten verweigerte er jede Auskunft. Da Herr Rechtsanwält Drachvogel im Auftrage des Verhafteten die Appellation einreichte, wurde letzterer, nach einer fünfständigen Haft, in Freiheit gesetzt. — Am 2. d. M. wurde auch der Decan Simon, Prälat und Probst in Kruschwitz, verhaftet und in's Kreisgerichtsgefängniß von Inowracław gebracht. Den drei jetzt dort inhaftirten Decanen ist vom Gerichte eröffnet worden, daß sie sogleich aus der Haft entlassen werden, wenn sie den Namen des apostolischen Delegaten nennen. (Ostb. Zig.)

Hildesheim, 11. Januar. [Der Bischof von Hildesheim.] Wie das „Kath. Sonntagsblatt“ mittheilt, ist dem hiesigen Bischofe neuerdings ein Mahnzettel behändig, wonach derselbe wegen der Grabsdorfer Angelegenheit binnen acht Tagen 600 Mark Strafe einzahlen soll, widrigenfalls „ohne weiteren Aufenthalt zur Pfändung geschritten werden wird.“ Ferner ist demselben ein Regierungsschreiben zugegangen, in welchem die bereits früher angebrochte Strafe von 1200 Mark wegen Seulings für verfallen erklärt wird und durch Execution erzwingen werden soll, wenn die Zahlung nicht bis zum 15. d. M. erfolgt ist. Dieser 15. ist derselbe Tag, auf welchen schon im vorigen Jahre für Goslar eine Strafe von 2400 Mark angedroht worden. Ferner ist eine Strafe von 1800 Mark angedroht für den Fall, daß Seulings nicht bis zum 1. März d. J. befehlt ist.

Zell a. d. M. (Ahr.), 8. Januar. [Antrag.] Der „R. Z.“ schreibt man: Gestern begaben sich 12 Einwohner der Stadt auf das Landratsamt und beantragten die Wiederbesetzung der nicht gesetzmäßig besetzten hiesigen Caplanstelle, so wie die Anberaumung des durch das Gesetz vorgeschriebenen Wahltermins. Die Antragsteller, welche dem geachteten und angesehensten Theile unserer Bürgerchaft angehören, scheinen die Wahl des in der Caplanstelle gesessenen und seit einiger Zeit ausgewiesenen Hilfsgeistlichen Johann Käs zu beabsichtigen, der es verstanden hat, sich in der Gemeinde große Anerkennung und warme Zuneigung zu erwerben.

München, 8. Januar. [Ein Zelot.] Im Herzen Altbaierns hat sich ein Stück Culturkampf, der erste Fall dieser Art, abgespielt. Das königliche Landgericht Erding hat nämlich den katholischen Pfarrer Rahm von Pastetten abgeurtheilt, weil er eine 28jährige Weibsperson, eine Wirthstochter von Pastetten, wegen fünfmaliger unehelicher Geburt ercommuniert hatte. Der Pfarrer hatte die Unverfehrlichkeit des Mädchens dem erzbischöflichen Ordinariate München angezeigt und dieses sodann angeordnet, daß die Person so lange aus der katholischen Kirche auszuschließen sei, bis sie sich gebessert, und daß der Pfarrer diese Maßregel zur Demüthigung der Sünderin öffentlich von der Kanzel herab verkünde. Pfarrer Rahm begnügte sich indeß nicht, den erzbischöflichen Erlass einfach zu verlesen, sondern knüpfte daran am Allerheiligentage, den 1. November v. J., eine Predigt, worin er das Mädchen mit Namen als den Ausbund alles Lasters und öffentliche Sünderin ausrief, für ewig verdammt bezeichnete, vor dem Umgange mit ihm warnte, ihm das kirchliche Begräbniß absprach und alle Burschen, die sich innerhalb neun Monaten mit ihr abgaben, ebenfalls für verloren und verdammt erklärte, kurz, indem er alle Folgen der sogenannten kleinen Excommunication eintreten ließ. Das censirte Mädchen sowohl als der Vater der schwer betroffenen Familie erhoben nur Klage wegen Beleidigung gegen den Pfarrer, und obwohl dieser mit einem Advocaten aus München und 19 Zeugen heranrückte, die alle von der Sache nichts gehört haben wollten, so sprach ihn doch der königliche Landrichter Kandler der Beleidigung nach Artikel 185 des R.-St.-G. schuldig und verurtheilte ihn in 10 Thaler Geldstrafe, Ertragung der bedeutenden Kosten und Publikation des Urtheils an

schreibt man ihm einen Zettel für die Expedition, schiebt ihn glücklich hinaus, und kopfschüttelnd wandert er weiter, daß man das hier oben nicht wissen soll.

Der politische Inland-Redacteur hat das Alles boshaft lächelnd mit angehört, aber auch seine Stunde schlägt. Ein Abgeordneter erscheint, zürnend wie Jupiter tonans, und erklärt stürmisch, er habe neulich im Ausschusse nicht das und das, sondern dies und jenes gesagt. Lebhaftes Bedauern gegenseitig; wird berichtigt werden. Darüber ist es glücklich schon halb Zwölz geworden, und in der weitgeöffneten Thüre erscheint das Gespenst des Metteur-en-pages, um Manuscript einzufordern.

Wieder knirschen die Federn, klappern die Scheeren, fliegen die Manuscript-Seiten hinab in die Druckerei — da knarren Lackstiefel, flimmern weiße Cravatten und Handschuhe: Director Engelmann reitet — Pardon, fährt seinen neuesten Bariton vor. Der „competente“ Redacteur ist nicht anwesend; der Reich geht rasch vorüber. Und endlich ist die Revue abgeschlossen, In- und Ausland, ist die „Kleine Chronik“ beendet, sind die Depechen durchgesehen und der Metteur-en-pages meldet pflichtgetreu: „Keine Zeile mehr Raum.“ Die Mitarbeiter klopfen die Federn aus und sperren die Scheeren ein — eine nicht genug anzuempfehlende Vorsichtsmaßregel — schlüpfen in die Ueberzüge und hüpfen die Treppen hinab, mißtrauisch finden Begegnungen musternd, ob er nicht etwa auch einen Besuch plane. Verdrödet liegen die Redaktionszimmer, und die auf dem Boden gestreuten Zeitungsblätter und Schnitzel predigen trüb-bereit die Vergänglichkeit alles Irdischen. Nur in der Secerei fliegen noch die Lettern aus den Kästen, wird der Satz gebunden, in das „Schiff“ gebracht, murren irgend ein Seher über das verdammt unfehlische Manuscript. Dann tritt auch dort Ruhe ein, und nur unten im Druckerraum ächzen die Dampfmaschinen, rauschen die endlosen frischgedruckten Bogen und regen sich geschäftige Hände, sie rasch zu falten. Da kommt der letzte Besuch, ein freundlich grüßender Commissar mit zwei Polizisten. Sie nehmen die gesammte Auflage in ihre sorgliche Obhut und empfehlen sich menschenfreundlich, wie sie gekommen. Das objective Verfahren triumphirt, das Ueberschreiben ist consicirirt. Das sind die einzigen Besucher, die nicht direct vorsprechen, die nur ihre Visitenkarten für die Redaction zurücklassen, und die liebsten sind sie darum doch auch nicht.

H. Curtis.

Die Sitzung wird auf eine Viertelstunde unterbrochen. Um halb acht Uhr wird die Sitzung wieder aufgenommen und zum sechsten Anklagepunkte übergegangen, in welchem Henheim beschuldigt wird, der Gesellschaft einen Schaden von 50,000 fl. dadurch zugefügt zu haben, daß er den Verwaltungsrath zu bestimmen wußte, Brasse von der Verpflichtung der Beistellung der

Präs.; Die Herren wurden nicht in Eid genommen. (Heiterkeit. Präsident ermahnt zur Ruhe.)

Mit zwei Beilagen.

Mit zwei Beilagen.

(Fortsetzung.)

Woche de Broglie, der die Verbindung der Centren vollends unmöglich gemacht hat, jetzt auf ein Bündnis mit dem linken Centrum hinarbeitet, und wunderlicher noch, wenn das linke Centrum ihm Gehör schenkte. Im Gegentheil können durch die Aussicht auf ein Ministerium de Broglie die gemäßigten Republikaner nur dahin gebracht werden, mit der äußersten Linken die sofortige freiwillige Auflösung der Versammlung zu wünschen. Möglich wäre also immerhin, daß binnen kurzer Zeit die Regierung und die Republikaner dasselbe Ziel, nämlich die Auflösung, ins Auge faßten, aber nicht als Verbündete und mit sehr verschiedenen Hoffnungen. — Der Lord-Mayor ist heute wieder nach London abgereist. Er hat sich über die Aufnahme, die ihm hier geworden, nicht zu beklagen, wird aber nach achtstägigem unausgesetztem Diner und Banketten einiger Ruhe ohne Zweifel dringend bedürfen. Die Reihe der Festlichkeiten, deren Held Sr. Herrlichkeit gewesen, hat gestern mit einem Diner und glänzenden Empfang im Glyce ihren Abschluß gefunden. Vorgestern überreichte eine Deputation der hiesigen Handelskammer dem englischen Gäste eine goldene Erinnerungsmedaille. In Boulogne hat der Scheidende noch eine kleine Nachfeier auszuhalten. Die Municipalität dieser Stadt will ihn nicht ohne Abschiedstrunk über den Canal fahren lassen. — Die Marquise Mac Mahon hat letzte Tage mit weiblichem Takt einen schweren Mißgriff der Regierung gut gemacht. Man erinnert sich des Unwillens, welchen Chausard jun., der Günstling de Cumont's, durch seine Thätigkeit als Secretär im Unterrichtsministerium erregte. Unter den zahlreichen Erziehern der Jugend, welche dieser Jüngling seinem clericalen Eifer zum Opfer brachte, befand sich Madame Pape-Carpentier, die sehr geschätzte Vorsteherin einer Erziehungsanstalt von großem Rufe. Zur Belohnung für langjährige Dienste wurde diese Dame einfach von Chausard jun. abgesetzt. Madame Mac Mahon hat diese Unbill nicht dulden wollen und auf ihre Verwendung ist Frau Pape-Carpentier vom Unterrichts-Minister zur General-Inspectorin, also mit Beförderung, ernannt worden. — Gestern haben die französischen Kronbeamten sich wieder in Paris eingefunden. Sie waren bekanntlich zu Anfang des Krieges von 1870 in der Bank untergebracht, von dort aber in einen Seehafen geschickt worden. Bei der Einfuhr des Kaiserreichs wurden sie auf 20 Millionen geschätzt; die Liquidationscommission wird sie jetzt einer neuen Schätzung unterwerfen. — In den diplomatischen Kreisen hieß es kürzlich, als spanischer Gesandter werde Herr Mon (der schon unter dem Kaiserreich Spanien hier vertreten hat) nach Paris kommen. Die Nachrichten aus Madrid aber bezeichnen Herrn de Molins als den Nachfolger Vega de Armiga's.

* Paris, 11. Januar. [Zur Verfassungsfrage.] Herr Marcel Barthe hat in Form eines Amendements zu der Vorlage Ventavon einen Verfassungsentwurf eingebracht, den wir im Hinblick auf seine praktische Ausführlbarkeit nur historisch kurz erwähnen wollen. Der wesentliche Inhalt ist folgender: Für die Dauer des Septennats umfassen die öffentlichen Gewalten ein Abgeordnetenhaus, einen Senat und einen Präsidenten der Republik. Nach dem Ablauf der Gewalt des Maréchal Mac Mahon ernannt ein Congress, bestehend aus dem Senat, den Abgeordneten und je drei Vertretern der Generalräthe von Frankreich und Algerien mit absoluter Majorität einen neuen Präsidenten der Republik auf fünf Jahre. Wird die oberste Gewalt schon früher vacant, so wird sie bis zur Ernennung eines neuen Präsidenten der Republik, die binnen drei Wochen veranlaßt werden muß, von dem Vizepräsidenten des Ministerraths ausgeübt. — Das linke Centrum beabsichtigt zu der Vorlage Ventavon ein Amendement einzubringen, dahin lautend, daß die Republik die definitive Regierungsform Frankreichs sei.

[Verhaftung.] Der Cassirer der Staatspapiere und der Chef des Coupon-Bureaus der Société générale wurden unter der Anklage bedeutender Unterschlagungen verhaftet und nach Mazas gebracht.

Provincial-Beitung.

Breslau, 13. Januar. [Tagesbericht.]

* [Mittheilungen aus dem statistischen Bureau. Woche vom 3. bis 9. Januar.] Die Woche war reich an Nebel mit geringen Feuchtigkeit-Niederschlägen. In Bezug auf den Dyonometer der Luft steht sie der vorangegangenen weit nach, denn nur an zwei Tagen zeigte der Dyonometer 2 und 1, an den übrigen 5 Tagen = 0. — Aufgebote wurden 68 (4 weniger als vorhergehende Woche), Heirathen 36 (13 weniger), Geburten 159 (53 weniger als vorhergehende Woche), Todesfälle 103 (28 weniger als vorhergehende Woche) notirt. — Von den 36 Heirathen waren 13, bei denen beide Theile evangelisch, und 7, bei denen beide Theile katholisch waren, bei 7 war der Mann evangelisch und die Frau katholisch, bei 6 der Mann katholisch und die Frau evangelisch. Bei 1 Heirath war der Mann jüdisch und die Frau katholisch; jüdische Ehen wurden 2 geschlossen. Bei 10 Ehen war der Mann jünger als die Frau. — Von den 171 Geburten (incl. der Todtgeborenen) waren 100 evangelisch, 65 katholisch, 6 jüdisch, 2 unehelich. Von den 131 Gestorbenen waren 73 evangelisch, 50 katholisch, 6 jüdisch, 2 diffidentisch. Geburten waren also 40 mehr als Sterbefälle.

* [Postales.] Obwohl in neuerer Zeit wesentliche Herabsetzungen des Geldports eingetreten sind, kommt es noch öfter vor, daß die Absender von Geld- und Werthsendungen nicht den vollen Werth der zu versendenden Gegenstände, sondern nur einen geringeren Betrag bei der Post angeben. Ein solches Vergehen kann, abgesehen davon, daß dasselbe eine große Versuchung für Diebstahler in sich schließt, welche mit solchen Sendungen Befassung haben, unter Umständen für die Absender sehr erhebliche Nachteile herbeiführen. So hat das General-Postamt einen kürzlich vorgekommenen Fall zur öffentlichen Kenntniß gebracht, wonach der Adressat zweier Pakete nach Italien, deren Inhalt aus Werthgegenständen bestand, wegen zu niedriger Werthangabe auf Veranlassung der italienischen Eisenbahn-Verwaltung mit einer Strafe von 3000 Franken belegt worden ist. Bei Einlieferung von Fahrpostsendungen nach Italien muß stets der volle Werth der zu versendenden Gegenstände angegeben werden. Auch im Verkehr mit Belgien, England und Frankreich muß nach den bestehenden Verträgen der Werth der zu versendenden Gegenstände zu vollen Beträgen angegeben werden. Im Verkehr mit Rußland sehen sich die Absender von Geld- und Werthsendungen sogar der Confiscation ihrer Sendungen aus, wenn der Werth nicht zum vollen Betrage angegeben ist.

* [Unregelmäßigkeiten.] Seit langer Zeit kommen uns einzelne Blätter aus der Provinz meist sehr verspätet zu, vor allem aber zeichnen sich die Amtsblätter zu Liegnitz und Oppeln durch sehr unregelmäßige Eintreffen aus. So z. B. ist die neueste Nr. (2) des Liegnitzer Amtsblattes am 9. Januar erschienen und konnte unter allen Umständen schon Sonnabend in unseren Händen sein, dasselbe ist uns aber erst heute, Mittwoch, zugegangen — also um 4 Tage verspätet. Daß solche Verspätungen bei Amtsblättern nicht gleichgültig sind, liegt auf der Hand, da sie sehr oft wichtige Publicationen enthalten, deren rasches Bekanntwerden in der ersten Absicht der Regierung liegt. Daß an solchen Verspätungen die Post die Schuld tragen soll, glauben wir ganz entschieden nicht, wohl aber, daß es an der Expedition des Versenders liegt. Es würde gewiß zweckmäßig sein, wenn hier und da etwas streng inquisiert würde.

* [Personalien.] Es wurde bestätigt die Wahl des Stadtraths Pjuhl in Rawitsch zum Bürgermeister der Stadt Landeshut; Die Vaccation für den Lehrer Reiche zum Lehrer an der evangel. Stadtschule in Hopperswerda;

für den Lehrer Kahl in Hopperswerda zum Organisten und Lehrer in Döhl, Kreis Lüben. — Befördert: Der Kreisgerichts-Bureauassistent Riebel zu Grünberg zum Appellationsgerichts-Bureauassistenten. — Ausgeschieden: Der Appellationsgerichts-Bureauassistent Hollstein in Folge seiner Ernennung zum Geheimen Secretär und Calculator im Handelsministerium. — Ernannt: Der Deposital-Kassenrentant Menzel zu Löwenberg zum Kreisgerichts-Kassenrentanten. Der Secretär Weinhold zu Neuhau zum Deposital-Kassenrentanten bei dem Kreisgericht zu Löwenberg. Die ersten Gerichtsdienster Scholz zu Sprottau und Schulz zu Sagan zu Notarämtern. Befördert: Der Gerichtsassessor Augustin zu Neufahr zum Kreisrichter bei dem Kreisgericht zu Kottbus. Die Referendarien Tiege zu Lauban und Gens zu Bunzlau zu Gerichtsassessoren. Die Rechtsbibliothek Assistenten zu Lauban und Kottbus zu Gerichtsassessoren. Der Bureauassistent Pflanz zu Görlitz zum Secretär bei dem Kreisgericht zu Grünberg. Der Bureau-Assistent Thannheiser zu Liebenau zum Kreisgerichts-Bureauassistenten bei dem Kreisgericht zu Grünberg. Die Bureauassistenten Schneider zu Görlitz und Winkler zu Grünberg zu Kreisgerichts-Bureauassistenten. Der Civil-Superintendent Biering zu Grünberg zum Bureauassistenten. Der Hilfsunterbeamte Geisler zu Glogau definitiv zum Gefängniswärter. Verlegt: Der Kreisrichter Baum zu Jänsberg a. D. an die Gerichtscommission zu Neuhau. Der Bote und Executor Fröhlich zu Carolath an das Kreisgericht zu Grünberg. Ausgeschieden: Der Rechtsanwalt und Notar, Justizrath Steinmetz zu Sagan unter Verleihung des Rothen Adlerordens 4. Klasse. Die Referendarien Kriehing und Bölling zu Görlitz behufs ihres Uebertritts in das Departement des Appellationsgerichts zu Breslau. — Pensionirt: Der interinimische Bureauassistent Schnelle zu Hainau. — Ernannt: Der Kammerer Balchajär zu Löwenberg zum Polizeianwalt für den ländlichen Gerichtsbezirk des dortigen Kreisgerichts, der Bürgermeister Schwantowski zu Liebenau zum Polizeianwalt für den Bezirk der Gerichtsstaatscommission zu Ullersdorf, der Kanzleirath a. D. J. Tiege zu Liebenau, dessen Stellvertreter, der Amts-vorsteher Briel zu Meßersdorf zum Polizeianwalt bei der Gerichtscommission, der Oberförster Tiege in Penzig zum Forstpolizeianwalt für seinen Forstbezirk. Der Oberförster Grunert zu Kottbus zum Forstpolizeianwalt für den Oberförsterebezirk Kottbus und zum Polizeianwalt für den Gerichtsbezirk der Gerichtsstaatscommission zu Kottbus, der Gemeindevorsteher Deumert zu Carolath zum Stellvertreter des Polizeianwalts, der Kreisgerichts-Bureauassistent und Sportel-Receptor Schindler Barckow zum Stellvertreter des dortigen Polizeianwalts, der Oberförster Banner zu Mustau zum Stellvertreter des Polizeianwalts, der Bürgermeister Henrich zu Hainau zum Polizeianwalt bei der dortigen Gerichtscommission, der Polizei-Inspector Thiel zu Grünberg zum Polizeianwalt für den Stadtbezirk des Kreisgerichts, der Amts-vorsteher Tiege zu Penzig, der Polizeianwalt Kreis-secretär Scholz zu Löwenberg, der Polizeianwalts-Stellvertreter Forstsecretär Hoffmann zu Carolath, der Polizeianwalts-Stellvertreter Kreisgerichts-Bureauassistent Junge zu Barckow, der Polizeianwalt Bürgermeister a. D. Scholz in Hainau, der Polizeianwalt Polizei-Registrator Sch. Weier in Grünberg.

+ [Auflösung.] Durch Verfügung des Ministers des Innern ist die hier seit dem 13. Febr. 1857 bestehende Friedrich-Wilhelm-Victoria-Landes-Stiftung, deren Präses der hiesige Kaufmann Eduard Groß war, vor einigen Monaten aufgelöst worden. Der Vorstand der genannten Stiftung, welcher im Verlauf von 17 Jahren im Ganzen 31 Brautpaare ausgestattet hatte, wurde schon im vorigen Jahre seitens des Herrn Ministers aufgelöst, sowohl ein Mitglieder-Verzeichnis als auch die vorhandenen Statuten und eine Anzeige über den Bestand des vorhandenen Vereins-Vermögens, welches sich gegenwärtig auf 75 Mark beläuft, einzureichen. Da die bestehende Stiftung also kein Grundcapital besitzt, aus dessen Zinsen Brautpaare ausgestattet werden können, also dieselbe nur auf die Wohlthätigkeit des Publikums angewiesen erscheint, der Vorstand sammt den wenigen Mitgliedern auch nicht mehr im Stande war, eine Summe von 200 Thalern jährlich aufzubringen, so fand es das Ministerium für angemessen, die genannte Stiftung — wie schon oben erwähnt — aufzulösen. Der aus dem Kaufmann Groß, Hotel- und Rittergutsbesitzer Heinemann, Commissionsrath Wesel und Kaufmann Seeliger bestehende Vorstand wollte sich jedoch mit diesem Bescheide nicht begnügen, sondern mündete sich — um diese Maßnahme rückgängig zu machen — in einer Immediateingabe an Se. Majestät den Kaiser. In diesen Tagen ist jedoch auch von Allerhöchster Stelle her der Bericht eingegangen, daß es bei dem einmal gefaßten ministeriellen Beschlusse verbleiben müsse.

+ [Von der Universität.] Von der evangel. theologischen Facultät ist ein Theil des Werlensischen Stipendiums für einen Stud. theol. ev. aus Schlesien auf 3 Jahre vom 1. October 1874 ab durchs Loos zu vergeben. Termin zur Verlosung ist auf den 15. Januar, Nachmittags 5 Uhr, im Senatsszimmer angesetzt. — Ebenso ist von der medicinischen Facultät ein Theil des Werlensischen Stipendiums (50 Thaler) an einen Stud. med. protestantischer Confession durchs Loos zu vergeben. Der Verlosungstermin ist auf den 23. Januar, Nachmittags 3½ Uhr, im Senatsszimmer angesetzt. — Das Gubrauer'sche Stipendium ist vom 1. October 1871 ab zu vergeben. Verwandte der Stifterin haben den Vorzug. In Ermangelung derselben soll das Stipendium an einen würdigen und thätigen hiesigen Studierenden der Rechte protestantischer Confession auf 3 Jahre gegeben werden. Die Meldungen unter Vorlegung der üblichen Zeugnisse sind an den Decan, Prof. Dr. Geß, zu richten.

+ [Statistisches.] Im Jahre 1874 wurden durch die Scharfrichter an Herrenlosen resp. Mauthor- und Steuermarkenlosen Hundten eingekerkert: auf den Straßen 734 Stück; davon wurden eingelöst 500 und getödtet 234, auf den Promenaden 106 Stück, von denen 34 eingelöst und 72 getödtet wurden.

+ [Unglücksfälle.] Auf der Bahnstrecke der Oberschlesischen Eisenbahn zwischen Kattowitz und Myslowitz verunglückte vorgestern der beim Personenzug bedienstete Schaffner Kölling, indem derselbe während der Fahrt von seinem hohen Wagensitz zwischen die Räder auf das Bahngelände herabfiel und hier sofort seinen Tod fand. Der im buchstäblichen Sinne des Wortes in einzelne Stücke geschnittene Unglückliche wurde von dem betreffenden Bahnwärter vorgefunden. — In dem Hause Siebenhufenstraße Nr. 8 hatte gestern die dort bei einer Familie zum Besuch gewesene Kassenbienenfrau Agnes Schubert bei ihrem Weggange das Unglück, auf der Treppe auszugleiten und mehrere Stufen herabzufallen, wobei die Bedauernswerthe einen Bruch des linken Beines erlitt. — Die auf der Fischer-gasse Nr. 16 wohnhafte 56 Jahre alte Wittve Dorothea May wurde seit einigen Tagen von den übrigen Hausbewohnern nicht bemerkt und da aus der verlassenen Wohnstube derselben bereits ein Föhnwindgeruch drang, so wurde heute die Thür gewaltsam geöffnet. Die Vermisste, die aller Wahrscheinlichkeit nach schon in der Nacht am 8. c. nach ärztlichem Ausspruche am Blutschuße gestorben war, wurde hier bereits in Verwesung übergegangen in ihrem Bette liegend vorgefunden.

+ [Polizeiliches.] Gestern Abend in der achten Stunde wurde dem Haushalter eines auf der Gräbnerstraße Nr. 1 wohnhaften Kaufmanns auf der Carlstraße von seinem Handwagen ein Leinwandstück mit 50 Pfd. Reis und 7½ Pfd. Schweizerkäse gestohlen. — Aus dem Entree einer Wohnung des Hauses Tauengienstraße Nr. 17a ist gestern einem Kaufmann eine Anzahl Damenkleider im Betrage von 90 Mark entwendet worden. — Ein Feuerschmelzer schickte gestern einen seiner Gesellen nach dem Steueramte, um dasselbst ein Schwein und 3 Hammel zu versteuern, zu welchem Behufe er ihm 12 Mark übergab. Der ungetreue Geselle hat jedoch die ihm eingehändigte Geldsumme unterschlagen und ist damit flüchtig geworden. — In dem Hause Breitstraße Nr. 32 wurde gestern eine bereits vielfach bestrafte Diebin bei Ausführung eines Wobendiebstahls in flagranti betroffen und verhaftet. — In dem Gasthause „zur deutschen Einigkeit“ am Striegauer Platz Nr. 11 logirte sich vorgestern Abend ein unbekannter Fremder ein, welcher in dem Zimmer eines dort ebenfalls logirenden Kupferschmids einquartiert wurde. Der Letzterannte war genöthigt, am frühen Morgen seinem Berufe nachzugehen, und gerade diesen Umstand mußte der Unbekannte zu seinem Vortheile zu benutzen. Er eignete sich die im Kleiderschrank befindlichen Kleidungs- und Wäschegegenstände des Kupferschmids im Werthe von 200 Mark an, und durch Aufschneiden eines Koffers setzte er sich in den Besitz einer Geldsumme von 135 Mark. Statt dessen entledigte er sich seiner alten Garderobe, die er dafür in den Kleiderschrank hing. Auch ein Neues Testament ließ der freche Dieb zurück, ein Umstand, der dafür bürgt, daß dieser Patron Zuchtstrafe verdient gewesen ist, da dieses Buch aus irgend einer Strafanstalt herkam. In den zurückgelassenen alten Wäschegegenständen befanden sich die Buchstaben J. H. und A. V. Der Dieb hat sich auch das Wandersbuch des Kupferschmids, welches auf den Namen Carl Ziegler in Guben lautet, mitgenommen, mit dem er jedenfalls Mißbrauch zu machen beabsichtigt. Der Verbrecher, der leider mit seinem Raube entkommen ist, scheint ca. 30 Jahr alt zu sein, und ist von corpulenter, mittlerer Statur, mit hellem

rothen Gesicht, dunklen Haaren und blondem Schnurrbart. Beseidet war derselbe mit dunklem Ueberzieher und langschäftigen Stiefeln.

* Grünberg, 13. Januar. [Die königliche Bank-Commandite in Glogau und die Schlesische Tuchfabrik.] Nach Abendung meines gestrigen Schreibens erhielt ich die neueste Nummer des „Niederschles. Anz.“ zu Gesicht, in welcher sich folgende, offenbar vom Glogauer Bankdirectorium inspirirte Notiz findet:

Die hiesige königliche Bank-Commandite ist in jüngster Zeit in der Presse mehrfach getadelt worden, einestheils, weil sie dem von der Schlesischen Tuchfabrik in Grünberg beantragten Moratorium nicht beigetreten wäre, und andertheils, weil sie sich weigere, Wechsel von Gläubigern der genannten Fabrik zu discountiren. Wie wir aus zuverlässiger Quelle erfahren, sind alle die Angriffe, welche die königliche Bank-Commandite zu erleiden hatte, völlig grundlos. Das genannte königliche Institut ist nicht directe Gläubigerin der Schlesischen Tuchfabrik und konnte sonach dem vorjähigen, so wie dem diesjährigen Moratorium nicht beitreten. Die königliche Bank-Commandite ist einfach nur Gläubigerin von Gläubigern der Tuchfabrik und hat als solche letztere nie gedrängt oder ihnen geschäftliche Hindernisse in den Weg gelegt. Die von Gläubigern der Tuchfabrik der königlichen Bank-Commandite angebotenen Wechsel sind, soweit dies bekannt geworden ist, im Vorjahre ziemlich unbeanspruchbar von derselben discountirt worden. Wenn in jüngster Zeit für einige Mille Wechsel refu-sirt worden sind, so mögen dieselben wohl den Anforderungen der königlichen Bank-Ordnung durchaus nicht entsprochen haben. Gegen die bestehenden Bestimmungen schnurstracks zu handeln, darf bekanntlich kein königliches Bank-Institut. Die Verwaltung der königlichen Bank-Commandite in Glogau erfreut sich übrigens nicht allein in Glogau, sondern in ganz Niederschlesien wegen ihrer Couance und Bereitwilligkeit zu helfen, wo es nur angeht, des besten Rufes. Auch in der Geschäftsverbindung mit den Gläubigern der Tuchfabrik hat sie beide Eigenschaften im höchsten Grade verwaltet lassen. Daß die königliche Bank-Commandite unter den jetzt in Grünberg herrschenden Umständen etwas vorsichtiger operirt, kann ihr nicht verdacht werden, dürfte sogar ihre Pflicht sein. Das ausgeprengte Gerücht, die königliche Bank-Commandite habe der Tuchfabrik ein Lombard-Darlehen von ca. 100 Mille Thaler gefündigt, ist unwahr!

Dieser Versuch einer Rechtfertigung der Inconduanz der Glogauer Bank-Commandite scheint mir völlig mißglückt zu sein. Daß die Bank-Commandite direct Gläubigerin der Tuchfabrik und als solche dem Moratorium nicht beigetreten sei, wurde in Ihrer Zeitung nicht behauptet, die Verichtigung der Klage dagegen, daß die königliche Bank-Commandite, nachdem sie früher die Wechsel der Gläubiger der Tuchfabrik unbeanspruchbar in den allergrößten Summen discountirt hatte, dieselben jetzt zurückweist, wird in der obigen Notiz des „Niederschles. Anz.“ ausdrücklich zugegeben. Gerade im jetzigen Augenblicke, wo man alleseitig daran arbeitet, die Verhältnisse unseres Places zu consolidiren und einen für unseren Kreis hochwichtigen Industriezweig nicht völlig untergehen zu lassen, ist das Vorgehen der Bank-Commandite im höchsten Grade gefährlich. Es ist doppelt aber um so unbegreiflicher, als die Engagements der Glogauer Bank-Commandite ganz außerordentlich geringer sind als im Vorjahre, was ich Ihnen binnen Kurzem ziffermäßig nachweisen zu können hoffe. Wie ich höre, hat übrigens die „Schlesische Tuchfabrik“ eine Eingabe an das königliche Hauptamt-Directorium in Berlin gerichtet und es ist zu hoffen, daß dieselbe von Erfolg begleitet sein werde.

J. P. Aus der Grafschaft Glatz, 12. Januar. [Brandschäden-Vergütungen. — Hebammen-Unterstützungen. — Kranke-pflege.] Im Bereiche der Glatzer Landgemeinden-Feuer-Societät haben im II. Semester 1874 Brände stattgefunden: a) im Kreise Glatz 9, und zwar in Hinterhoflau, Pischowitz, Gabersdorf je 1, in Tischerbenz 3 und in Straßenei 3, die zusammen mit 5267 Thlr. 4 Sgr. vergütet worden sind (darunter Gabersdorf mit 2000 Thlr. und Pischowitz mit 1727 Thlr. 4 Sgr.); — b) im Kreise Neutrode 2, und zwar in Buchau und Reichenforst, die zusammen mit 1849 Thlr. entschädigt worden sind, davon Reichenforst mit 1649 Thlr.; — c) im Kreise Habelschwerdt 5, und zwar in Kunzendorf, Brand, Neundorf, Neu-Waltersdorf und Molling, die zusammen mit 1750 Thaler entschädigt worden, darunter Neundorf mit 550 und Kunzendorf mit 540 Thlr. Die Gesamt-Vergütung beträgt daher 8866 Thlr. 4 Sgr. Zur Deckung dieser Brandschäden und der laufenden Verwaltungskosten haben die Directionen- und Ausschussmitglieder in ihrer am 5. Januar c. stattgehabten Sitzung die Ausschreibung eines vierfachen Betrages (oder 40 Pfd. pro 100 Thlr. Versicherungssumme) beschlossen. Die Einziehung soll bis zum 1. März d. J. erfolgen. — Im Kreise Glatz sind 20 Hebammen-Unterstützungen, und zwar einer jeden 10 Thaler pro 1874 bewilligt worden. — Aus dem Bericht des königl. Sanitätsrath Dr. Kutsche zu Glatz über die Armen-Kranken-Pflege im städtischen Krankenhaus und in der ambulanten ärztlichen Armen-Praxis während des Jahres 1874 entnehmen wir, daß im Krankenhaus 277 Kranke verpflegt worden sind, die zusammen 10,304 Verpflegungstage genossen haben. Von diesen 277 Kranken sind 31 mit Tode abgegangen, 211 geheilt und 1 Person ins Hospital und 1 Person ins Siechhaus gebracht worden. Ende des Jahres blieben Bestand 33 Kranke. In der ambulanten ärztlichen Armen-Praxis haben 279 Kranke freie Behandlung und Arzneien erhalten. Außer der regulären Pflege und Deconomie im Krankenhaus haben die Barmherzigen Schwestern im Hause 365 Nacht-Wachen gehabt und außerhalb des Krankenhauses 56 Kranke in der Stadt gepflegt und bei diesen 164 Pflege-Besuche, 36 ganze Tage Wartung und Pflege, sowie 297 Nachtwachen geleistet.

+ x. Rander, 9. Jan. [Meteor. — Bürgerverein. — Bürgerholz.] Das in Obereschlesien am 3. d. M. beobachtete glänzende Meteor ist auch von hiesigen Einwohnern gesehen worden. Es schien die Breite von etwa zwei Vollmondsbreiten zu haben, war überaus prächtig und von intensivem Glanze und zerfiel auf seiner von Nord nach Süd gehenden Bahn nach wenigen Sekunden, ohne daß von einer Detonation etwas gehört wurde. — In verschiedenen Wäldern ist von einem hier in der Gründung begriffenen Bürgerverein die Rede gewesen, der sich die Aufgabe gestellt haben sollte, die Communal-Angelegenheiten gründlicher Verathung zu unterziehen. Hier ist von der Gründung eines solchen, vielleicht sehr nützlichen Vereins nichts bekannt, der Gemeinfinn auch hier noch nicht so rege, daß ein solcher Verein prosperiren könnte. — Mit wenig Ausnahme erhalten die hiesigen Hausbesitzer meist sehr ansehnliche Quantitäten freies, sogenanntes Bürgerholz. Die eingeführte fortwährende Bewirthschaftung der hiesigen, ziemlich ansehnlichen Forsten, so wie die gesteigerten Holzpreise und endlich die doch nothwendig werdende Regulierung dieser für die städtische Verwaltung sehr drückenden Auflage werden über kurz oder lang denn doch die Ablösung dieses Servituts nothwendig machen, wovon die Betreffenden natürlich durch-aus nichts hören wollen.

Y. Gleiwitz, 12. Januar. [Stadtverordnetenwahl.] Bei der gestrigen Stadtverordneten-Erwahl wurden in der ersten Klasse die Herren Kaufmann Adolph Nagel (einstimmig) und Buchhändler Färber, in der zweiten Klasse der frühere Stadtrath Herr Dr. Wollner, in der dritten Klasse Herr Uhrmacher Wlasowski zu Stadtverordneten gewählt. Nur in der dritten Klasse kam es zu einem Kampfe zwischen der ultramontanen und reichsfreundlichen Partei, der mit einem glänzenden Siege der Letzteren abhief. Der Candidat der reichsfreundlichen Partei, Herr Uhrmacher Wlasowski, erhielt 156 —, sein ultramontaner Gegner, der frühere Rathgeber, Herr Gaila, nur 91 Stimmen. — Das Bureau der Stadtverordnetenversammlung besteht aus den Herren Sanitätsrath Dr. Freund (Vors.), Director Wernicke (Stellv.), Rärger (Schriftf.) und Neumann (Stellv.).

[Notizen aus der Provinz.] * Hainau. Das hiesige Stadtblatt meldet: Im Laufe des 11. Januar verbreitete sich das Gerücht, daß ein vor zwei Tagen in einem benachbarten Dorfe plötzlich verstorbenen junger Mann sich am Tage darauf auf seinem Todtenbette herumgedreht habe, daß also möglicher Weise ein Scheintod vorliege. Die Sache verhält sich jedoch anders. Als der betreffende junge Mann verstorben war, hielt er die eine Hand krampfhaft geballt auf der Brust. Einer der Angehörigen, welcher sich in seinem Schmerz nicht von dem geliebten Todten trennen konnte, hielt diese Hand längere Zeit fest umschlossen, als dieselbe sich plötzlich durch die hierdurch erzeugte Wärme zu regen und aufzuheben begann. Daß hierdurch der betreffende Angehörige einen großen Schreck bekam und die Familie in dem Glauben bestärkt wurde, daß hier möglicherweise ein Scheintod vorliege, um so mehr, als der Verstorbenen sehr plötzlich verstorben war, ist wohl zu entschuldigen. Der schnell herbeigeeilte Arzt constatirte ineb die sichersten Zeichen des Todes, was die Angehörigen dann auch anerkannten, so daß die Beerdigung der Leiche erfolgte. Alle übrigen hierüber verbreiteten Gerüchte sind unwahr.

+ Gleiwitz. Am 12. Januar wurde beim Eislaufen im Kanale in der Nähe des Salmagazins die Leiche eines Mannes gefunden, die schon längere Zeit unter dem Eise gelegen haben mochte. Die Verletzungen an derselben

geben der Vermuthung Raum, daß der so Gefundene eines gewaltsamen Todes gestorben ist. Die Untersuchung ist eingeleitet.

Legation. Am 11. d. M. wurde der Beigeordnete und Stadtrath Sagelsdorf zu Landsberg a. d. W. zum hiesigen besoldeten Stadtrath (Gehalt 1400 Thlr.) gewählt.

Freiburg. Der hiesige „Boten“ berichtet: Am Sonnabend den 9. d. tagte im Gasthof zur „Stadt Wien“ eine Versammlung, beratend, einen Verein zu gründen, um den Mitgliedern desselben Fleischwaren zu billigeren, als den von den Fleischhauern hiesiger Stadt geforderten Preisen zu verschaffen. Da es jedoch mit vielen Umständen verknüpft sein würde, Selbstschlachtereien zu eröffnen, wie dies bereits vielfach in anderen Städten der Fall ist, es gelungen, einen Fleischer für dieses Vorhaben zu gewinnen, welcher sich contractlich verpflichtet, an Vereinsmitglieder gute Waare zu einem ermäßigten Preise zu liefern. Trotzdem die Versammlung schwach besucht war, ist die Festsetzung des Statuts vor sich gegangen und wie wir hören, haben sich bereits 15 Personen dem Verein angemeldet.

Steinbach a. d. D. Das hiesige „Stadtblatt“ berichtet: Vergangenen Sonnabend begingen die Mitglieder der hiesigen Liedertafel die Feier des 20. Geburtstages dieses Vereins durch einen Festball. Wie immer, war auch dieser Stiftungsball zahlreich besucht und machte sich ein besonderer Glanz in der Balltoilette resp. Garderobe bemerkbar. Die bei reich besetzter Tafel ausgebrachten Toaste auf das Geburtstagskind und seinen Director fanden allgemeinen Beifall. Besonders Vergnügen bereite ein nach der Pause ausgeführter Cotillon, welcher von einer reichlich ausgestatteten und geschmackvoll gewählten Verlosung begleitet war. In der heißesten und gemüthlichsten Stimmung verließen sich noch in später Morgenstunde die Festtheilnehmer beifammen.

Eintrachtshütte. Von hier wird der „Oberschl. Grenzzeit.“ geschrieben: Am Sonntag Abend gegen 8 Uhr wurde von einem Gaste des Gasthofbesizers Guttman hier ein dem Vergarbeitsstande angehöriger Mann, der ein verkommenes Subjekt war, erschossen auf dem Hausflur liegend aufgefunden. Bei Besichtigung der Leiche erkannte der Lohnschänder in dem Toten einen Menschen, der kurz zuvor mit einem anderen Kumpen das Schanklocal verlassen hatte. Man vermutet, daß er von diesem erschossen und in den Hausflur geschleppt worden ist. Die in dem oberen Stockwerke versammelten Gäste hatten kurz vor Aufbruch der Leiche einen Schuß fallen hören, den sie jedoch nicht weiter beachtet hatten, da ein Abfeuern eines Schusses in den Berg-Distrikten nicht eben zu den Seltenheiten gehört und jeder Bergmann Pulver bestift.

Gefetzgebung, Verwaltung und Rechtspflege.

Breslau, 12. Januar. [Schwurgerichtssitzung. Versuchte Tödtung.] Eine feinerkeit gerechtes Aufsehen in Breslau erregende That, der Mordeanfall auf den Vorsteher der Waisenanstalt ad matrem dolorosam, Herrn Curatus Vode, kam zur Verhandlung vor den Geschworenen. Der Thäter, Schneidergesell August Tschöde, ist bekanntlich ein früherer Zögling der gedachten Anstalt, in welche er in seinem 7. Jahre, 1862, aufgenommen wurde. Nach seiner Entlassung war er bei mehreren Lehrherren, ohne sich behaupten zu können, führte zuletzt ein sehr unglückliches Leben, wurde mehrmals, zuletzt im Mai 1873, wegen Arbeitsheben mit 14 Tagen Haft und Ueberweisung an die Landespolizeibehörde bestraft und in Folge dessen dem hiesigen Arbeitshause auf ein volles Jahr überwiesen. Nach seiner Entlassung setzte er sein früheres Leben fort, und mußte öfters bei Mutter Grün oder im Alpl für Obdachlose Quartier nehmen. Die Nacht vor der That, der er angefallen ist, vom 17. zum 18. September v. J., will er im Freien campirt haben. In aller Frühe gegen 6 Uhr begab er sich in das Haus des Curatus Vode, von dem er schon früher einmal eine Unterstützung erhalten hatte, wie er sagt, um denselben um abgelegte Kleider zu bitten. Ohne anzuklopfen trat er in das unverschlossene Schlafzimmer, in welchem er Herrn Vode noch im Bett liegend antraf und mit den Worten „Gelobt sei Jesus Christ“ begrüßte. Dann fuhr er fort: Nehmen Sie es nicht übel, daß ich Sie einmal besuche. Erstaunt und wohl auch ängstigt über das kede Eindringen des unangemeldeten Besuchers zu so ungewöhnlicher Tageszeit, erwiderte dieser: „Wie kommen Sie denn hier herin? Gehen Sie doch hinaus und warten Sie draußen.“ Tschöde behauptet, Herr Vode habe noch Beleidigungen, wie „Strolch, Vagabund“, hinzugefügt, was dieser indes zugeben will. Tschöde entfernte sich auf kurze Zeit, kehrte dann mit einem breiten und starken Messer bewaffnet zu dem noch im Bett liegenden zurück, sagte: „Na da nehmen Sie es nur nicht übel, daß ich gekommen bin“, und begann mit dem Messer auf den Wochenschlafenden loszuschlagen und zu stechen. Herr Curatus Vode wehrte sich mit allen Kräften und versuchte namentlich aus dem Bette zu kommen, was der Andere verhinderte. Als es ihm endlich gelungen war und er auf die Klingel zu rief und gleichzeitig laut nach Hilfe rief, wurde er auf's Neue von hinten angefallen und durch Messerstiche zu Boden geworfen. Jetzt erschienen Leute zu seiner Hilfe, aber sofort zerfiel der Eindringling ein Fenster des Zimmers, durch welches er entflohen und eiligst entflohen. Der Ueberfallene trug von dem Kampfe außer mehreren kleinen, 3 starke Stichwunden davon, die ihn mehrere Wochen an's Bett fesselten, aber nicht lebensgefährlich waren.

Der Angeklagte ist seiner That zwar geständig, aber bestreitet die Absicht gehabt zu haben, zu tödten. — Er sei durch die Beleidigungen und die Zurückweisung seitens dessen, auf den er in seiner äußersten Noth noch allein vertraut hatte, demnach in Wuth gesetzt worden, daß er, um sich zu rächen, den Curatus Vode habe verwunden wollen. — Der Vertreter der Staatsanwaltschaft, Herr Prof. Fuchs, plaidirte für Verurtheilung im Sinne der Anklage. Wenn gleich anzunehmen sei, daß der Angeklagte nicht mit der Absicht, einen Mord auszuführen, in das Haus gekommen, sondern zu seinen Gunsten anzunehmen sei, daß er diesen Einbruch erst in Folge der Gerechtigkeit durch die Abweisung seitens des Curatus Vode gefaßt habe, so gebe die mörderische Absicht zur Genüge aus der Menge der Wunden und der langen Dauer des Kampfes hervor, die der Verletzte auf etwa 15 Minuten anging. Die Absicht zu verunverunden habe er schon mit dem ersten Stiche ausgeführt. — Der Verteidiger Herr A. Kerenbar plaidirte für Annahme bloßer Körperverletzung, eben, mildernder Umstände. Der Angeklagte wurde durch die Geschworenen des versuchten Tödtungs schuldig befunden, mildernde Umstände wurden angenommen, und er, während von der Staatsanwaltschaft 2 Jahre Gefängnis beantragt waren, mit 1 Jahr Gefängnis bestraft.

Handel, Industrie etc.

Breslau, 13. Januar. [Von der Börse.] Die Börse verkehrte in matter Stimmung bei niedrigeren Coursen. Das Geschäft war von geringem Belange, nur in Laurahütte-Actien wurden größere Summen bei weichen Courten umgesetzt. Der Schluß der Börse war etwas fester. — Creditactien 415, 25—414 bez., Lombarden 227, 50—226, 50 bez., Franzosen 543 Br., Rumänen 35 Br. Schles. Bankverein 108, 75 bez. Oberschlesische Eisenbahn 146, 50 bez. Laurahütte 127, 75—126, 75 bez.

Breslau, 13. Januar. [Amtlicher Producten-Börsen-Bericht.] Kleesaat, rothe fest, ordinaire 37—40 Mark, mittlere 42—44 Mark, seine 46—48 Mark, hochfeine 49—51 Mark pr. 50 Kilogr. — Kleesaat, weiße unbedarbt, ordinaire 42—48 Mark, mittlere 51—57 Mark, seine 62—65 Mark, hochfeine 68—72 Mark pr. 50 Kilogr.

Roggen (pr. 1000 Kilogr.) niedriger, gel. 1000 Ctr., pr. Januar 150,75 Mark bezahlt, Januar-Februar —, Februar-März —, März-April —, April-Mai 146—6,50 Mark bezahlt, Mai-Juni —, Juni-Juli —.

Weizen (pr. 1000 Kilogr.) gel. — Ctr., pr. Januar 188 Mark Br., April-Mai 183 Mark Br.

Gerste (pr. 1000 Kilogr.) gel. — Ctr., pr. Januar 174 Mark Br.

Safer (pr. 1000 Kilogr.) gel. 500 Ctr., pr. Januar 165—163,50 Mark bezahlt, pr. April-Mai 166,50 Mark Br., Mai-Juni 166 Mark Br., Juni-Juli 166 Mark bezahlt.

Raps (pr. 1000 Kilogr.) gel. — Ctr., pr. Januar 252 Mark Br.

Rübsel (pr. 100 Kilogr.) gelblich, gel. — Ctr., loco 52,50 Mark Br., pr. Januar 52 Mark Br., Januar-Februar 52 Mark Br., Februar-März 52,50 Mark Br., März-April —, April-Mai 54 Mark Br., Mai-Juni 55 Mark Br., September-October 58 Mark Br.

Spiritus (pr. 100 Liter a 100 %) matter, gel. 10,000 Liter, loco 53,40 Mark Br., 52,40 Mark Br., pr. Januar 54 Mark Br., Januar-Februar 54 Mark Br., April-Mai 55,40—30 Mark bezahlt und Br., Mai-Juni —, Juni-Juli —, Juli-August —.

Spiritus loco pr. 100 Quart bei 80 % 48,92 Mark Br., 48 Ob.

Zink unbedarbt sehr fest. Die Börsen-Commission.

H. Breslau, 13. Januar. [Handelskammer.] Die heut abgehaltene öffentliche Plenarsitzung der Handelskammer wurde von dem Vorsitzenden, Commerzienrath Friedenthal, um 4 1/2 Uhr mit der

Einführung der wieder resp. neu gewählten Mitglieder der Handelskammer eröffnet, indem er seine Genugthuung darüber ausdrückte, daß der Kammer eine so große Anzahl bewährter Mitglieder wiedergegeben sei und dieselben im Namen der Kammer begrüßte, daß neu gewählte Mitglied, Herrn J. W. Rosenbaum mittels Handschlag begrüßte. Demnach erfolgte die

Wahl des Präsidiums, bei welcher Commerzienrath Friedenthal mit allen gegen 2 Stimmen, Consul Molinari mit allen gegen 1 Stimme als Präsident, resp. dessen Stellvertreter wiedergewählt wurden. Beide nahmen die Wahl an. Die sodann auf der Tagesordnung stehende

Wahl der Börsen-Commission wird auf Antrag des Herrn Grunwald auf die Tagesordnung der geheimen Sitzung gesetzt. Hierauf trägt der Secretär der Handelskammer, Dr. Eras, den

Geschäftsbericht der Handelskammer pro 1874 vor. Nach demselben schließt das Eingangsregister der Handelskammer pro 1874 mit 1082 Nummern, gegen 1067 Nummern im Vorjahre, ab. Die eingegangenen Schriftstücke fanden in 8 öffentlichen und eben so vielen geheimen Plenarsitzungen (gegen 9 öffentliche und 7 geheime Sitzungen im Vorjahre) und in 42 Commissionsitzungen (gegen 44 im Vorjahre) ihre Erledigung.

Außer den größeren periodischen Arbeiten, dem Jahresbericht pro 1873, den 4 Quartalsberichten an den Herrn Regierungs-Vizepräsidenten über die allgemeine Lage des Handels und der Industrie im diesjährigen Verwaltungsjahre, den Bericht über den Volk- und Flachsmarkt, sind folgende wichtigere Arbeiten der Handelskammer hervorgehoben:

a. Verwaltung der Handels-Angelegenheiten betreffend: Verhandlungen wegen Einführung einheitlichen Formats der Handelskammer-Verträge, Aenderung der Vorkaufsrechte, Cours- und Preisbücher nach Maßgabe der Marktrechnung; wiederholte Verhandlungen wegen Einführung eines verbesserten Verfahrens bei Notirung der Spirituspreise; Ergänzung, resp. Vermehrung der Sachverständigencommission für Del; Einführung neuer Uancen für die Fonds- und Effectengeschäfte an der Börse.

b. Maß- und Gewichtswesen betreffend: Anträge auf Einführung der Marktpreisnotirungen nach Gewicht auf den schlesischen Provinzialmärkten; wiederholte Anträge und Vorschläge wegen Ausführung der neuen Vorschriften über die Taraermittelung beim Spiritusexport; Gutachten über acht von der Normal-Messungs-Commission aufgestellte Fragen bezüglich der Falschheit.

c. Geld- und Creditwesen betreffend: Wiederholte Anträge auf Einrichtung sogen. offener Depots im hiesigen neuen Bankgebäude; Antrag an das Reichsfinanzamt auf Herausgabe eines Verzeichnisses der Vereins- u. ausländischer Loospapiere.

d. Märkte und Messen betreffend: Gutachten über die beabsichtigte Verlegung der Frankfurter Martinmesse; Gutachten über die vom Herrn Handelsminister vorgeschlagene neue Wollmarktstatistik; Vorstellungen gegen die beabsichtigte Verlegung des hiesigen Getreidemarktes in die Räume der schlesischen Centralbank; Beschwerde bei den Herrn Ministern für Handel und des Innern gegen die beschlossene Verlegung des Flachsmarktes aus der Turnhalle nach den Räumen der Centralbank und vom December in den März.

e. Beziehungen zu fremden Staaten betreffend: Antrag an den Herrn Reichsminister auf Herbeiführung einer Ermäßigung des russischen Einfuhrzollens auf Rübsel.

f. Einrichtungen die Industrie betreffend: Gutachten über den Gesekentwurf bezüglich des Waarenzeichenschutzes.

g. Postwesen betreffend: Antrag auf Herbeiführung beschleunigter Beförderung der Hamburger Correspondenz; Antrag auf Einrichtung eines Briefkastens am Königsplatz für die Wiener Correspondenz; Antrag auf Ermäßigung der neuen Portos für Waarenproben.

h. Telegraphenwesen betreffend: Antrag auf Einrichtung von Filial-Telegraphen-Stationen in den Vorstädten Breslaus.

i. Eisenbahnen betreffend: Antrag auf Ertheilung der Concession zum Bau der Eisenbahnlinie Reppen-Berlin an die Freiburger Bahn; erneuter Antrag, den Bau der Bahn Wierschowitz-Loß-Borschau betreffend; Antrag auf Herstellung eines Anschlusses der Courtyerage der Galtz, Karl-Ludwigbahn und der Oberschlesischen Bahn in Dörmitz; Antrag auf Aufhebung der Vorschrift, die Einstation auf Eisenbahn-Stückgüter zu declariren; Gutachten bezüglich der Ausstellung von Generalacten für Güterverladung mit der Eisenbahn; Gutachten über die den Eisenbahn-Verwaltungen bei Normirung der Gütertarife zu gewährende Freiheit; Antrag auf Ermäßigung der Personengelder und Güterfrachten auf der Route Breslau-Reppen-Berlin; Antrag auf Ermäßigung der Fracht für Kumpen auf der A.-Märkischen Eisenbahn.

k. Schifffahrt betreffend: Verhandlungen mit dem Herrn Ober-Präsidenten wegen der Hafenanlage in Breslau; Antrag an den Herrn Handelsminister auf Gewährung eines Beitrages zum Hafenbau pro 1875.

l. Waarenplätze betreffend: Verhandlung mit den Directionen der Oberschlesischen und der Freiburger Bahn wegen Herstellung eines Petroleum-Lagerkuppens.

m. Indirecte Steuern betreffend: Antrag an den Herrn Handelsminister auf Vereinfachung der durch die italienische Spiritus-Steuer-Reform den deutschen Importeuren erwachsende Benachtheiligung. Auf Requisition der Gerichtsbehörden wurden von der Handelskammer 55 Gutachten über freitragende Uancen abgegeben und auf 52 Anfragen amtliche Auskunft über Cours und Preisnotirungen ertheilt.

Die Handelskammer nahm Theil an den Verhandlungen der General-Versammlung des Centralvereins für Erhebung der deutschen Fluß- und Canalischifffahrt, des XI. schlesischen Gewerbetages, der Sitzung des Handels-tages-Ausschusses in Düsseldorf und des VI. deutschen Handelstages in Berlin.

Von den an der hiesigen Börse fungirenden Handelsmaklern haben im v. J. zwei ihr Amt niedergelegt, einer ist gestorben.

Die Bibliothek der Handelskammer ist durch 316 Zugänge vermehrt worden.

Das Eingangs-Journal der Börsen-Commission schließt mit 79 Nummern gegen 130 Nummern im Vorjahre. Die eingegangenen Vorlagen wurden in 11 Plenarsitzungen (gegen 13 im Vorjahre) erledigt.

Das Münzungsregister enthält 1371 Nummern. Zur Präsentation resp. Abhiempelung gelangten 1874: Weizen 2000 Ctr., Roggen 305,000 Ctr. (1873: 422,000 Ctr.), Hafer 80,500 Ctr. (gegen 30,000 Ctr. in 1873), Spiritus 3,122,000 Liter, Rübsel 28,200 Ctr., Keimöl 200 Ctr.

Der Besuch der Börsen-Versammlungen hat wiederum abgenommen. Derselbe betrug 1874 an einheimischen Mitgliedern 712 (im Vorjahre 793), Fremden mit Zaheskarte 51 (gegen 69), durchreisirenden Fremden 1731 (gegen 2385), Handelsmaklern 38, Schiffsmaklern 4, Handlungsgehilfen 161 (gegen 198).

Die Thätigkeit des Börsenschiedsgerichts wurde nur in geringerem Umfange in Anspruch genommen; es gingen 1874 ein 97 Klagen (1873: 239), davon gehörten dem Productengeschäft 31, dem Fonds-Geschäft 66 an. Zurüdgegeben wurden 8, von den überbleibenden 89 wurden 26 zurückgenommen, 14 durch Vergleich, 21 durch Contumacialerkenntnis, 20 durch contradictorisches Erkenntnis erledigt, unerledigt blieben 8. — Das Börsenausgangsregister schließt mit 507 Nummern.

Es folgen verschiedene Mittheilungen des Ausschusses des deutschen Handelstages. Derselbe macht unter Ueberwindung des stenographischen Berichtes über den letzten deutschen Handelstag Mittheilung über Cooptionen in den Ausschuss, über Ueberwindung von Separatabreden an das Reichseisenbahnamt, den deutschen Reichstag über die Fortsetzung des „Deutschen Handelsblattes“ etc.

In Bezug auf den letzten Punkt stellt der Vorsitzende den Antrag, auf 24 Exemplare des Blattes zu abonniren um sie den einzelnen Mitgliedern der Kammer zu überweisen. Die Kammer erhebt, nachdem Assessor A. D. Friedenthal diesen Antrag warm empfohlen, diesen zum Beschluß.

Britisches Consulat. Die königliche Regierung benachrichtigt die Kammer, daß der von den zuständigen Organen zum britischen Vice-Consul ernannte Kaufmann H. Humbert hieselbst in dieser Amtsbeziehung seitens des Herrn Reichsfinanzamtes anerkannt und die Zulassung des H. Humbert zur Ausübung der ihm übertragenen Functionen innerhalb der Provinz Schlesien verfügt worden ist. Die Kammer nimmt hierüber Kenntniß.

Antrages der Herren Sadur, Kopisch und Beyerndorff hatte die Kammer in ihrer letzten Sitzung beschlossen, ein Gutachten des Herrn Justizrath Friedensburg darüber einzuholen, ob es nach Lage der Gesetzgebung möglich sei, an der Börse eine Uance einzuführen, nach welcher bei Streitigkeiten über das Zustandekommen eines Geschäfts die Realisation so gleich und nicht erst am Ultimo stattfinden würde? Herr Justizrath Friedensburg berichtet, daß eine Uance nicht eingeführt werden kann. Die Handelskammer können auf Grund der ihren Mitgliedern beizubehaltenden Kenntniß von gleichmäßigen Uebungen des Handelsstandes constatiren, daß sich bei gewissen Geschäften ein Handelsgebrauch gebildet hat; einführen d. h. schaffen können sie einen Handelsgebrauch, eine Uance nicht. Die an Uance ergäht Justizrath Friedensburg für eine solche, welche nicht gegen das Gesetz sich gebildet hat, welche vielmehr neben dem Gesetz hergeht, dieses ergänzt und vervollständigt. Der Referent, Assessor A. D. Friedenthal, beantragt, die Antragsteller im Sinne des Gutachtens des Herrn Justizrath Friedensburg zu beschließen. Die Kammer tritt diesem

Antrage, nachdem die Herren Kopisch und S. Sadur sich zur Sache geäußert, bei.

Internationaler Congress der Flachs-Interessenten zu Wien. Der Minister für Handel c. überreicht Exemplare des Statuts und des Aktionsplanes des als ständiges Organ des internationalen Congresses der Flachs-Interessenten constituirten leitenden Ausschusses und veranlaßt dieselbe, für mögliche Verbreitung dieser Publicationen Sorge zu tragen. Die Eingänge werden im Bureau ausliegen.

Hafenbau. Der Vorstand der Stadtverordneten-Versammlung zeigt der Kammer an, daß die Verarmung der Petition an den Herrn Handelsminister wegen Gewährung von Staatsmitteln zum Hafenbau in Breslau beigetreten und dieselbe dem Magistrat mit dem Ersuchen überhandt habe, die Petition gleichfalls zu unterzeichnen. Die Kammer erklärt sich, indem sie von dieser Mittheilung Kenntniß nimmt, mit dem Inhalte der Petition nachträglich einverstanden.

Lieferungsgebäude. Von den Herren Grunwald u. Comp. und Louis Galemsky sind Anträge, betreffend die Erhöhung der Vergütung für Reparaturen in Lieferungsgebäuden resp. Erhöhung der Normalgröße für Spiritusfässen eingegangen. Nachdem Herr Kopisch als Referent über die Anträge und die Verhandlungen der Sachverständigen-Commission bezüglich derselben berichtet, erläutert und motivirt Herr Grunwald diese näher und die Kammer nimmt nach längerer Discussion den Antrag des Herrn Galemsky, mit dem sich die Commission einverstanden erklärt hat, an und beschließt, die Vergütung bei Reparaturen pro Stab auf 70 Pf. zu erhöhen und das Maximum für Fassagen auf 4 Mark festzusetzen.

Frachtberechnung. Das Reichseisenbahnamt überreicht der Kammer ein Rescript folgenden Inhalts: „Während das frühere Betriebsreglement die Bestimmung enthält, daß die zum Zweite der Frachtberechnung vorzunehmende Aenderung des Gewichtes aufwärts auf Zehntelcentner stattzufinden habe, ist durch das vom 1. Juli 1874 an gültige Betriebsreglement für die Eisenbahnen Deutschlands angeordnet, daß das Gewicht bei Collogütern mit 10 Kgr., bei Wagenladungsgütern mit 100 Kgr. steigend so berechnet werden soll, daß jede angefangene 10 und 100 Kgr. für voll gelten. Eine Aenderung der früher bestandenen Vorschrift war durch die neue Gewichts-Eintheilung schon an und für sich geboten und wurde vorausgesetzt, daß die in Genehmigung eines praktischen Bedürfnisses gewährte Bestimmung in dem gegenwärtigen Betriebsreglement mit den Interessen der Versender um so weniger sich im Widerspruch befindet, als bei Wagenladungen das Gewicht der Sendungen kaum jemals so genau festgestellt werden dürfte, daß Zehntelcentner angegeben werden und schon früher ungeachtet der entgegenstehenden Bestimmung des Betriebsreglements fast allgemein üblich war, in den Tarifen die Frachtberechnung für Wagenladungsamt nicht nach Zehntel, sondern nach ganzen Centnern vorzuschreiben, ohne das dies, soviel hier bekannt, vom Handelsstande beanstandet worden wäre. — Gleichwohl ist diese Anordnung von einzelnen Handelsmännern als ein Erdwurm und zwar um deswillen bezeichnet, weil sich im Geschäftsverkehr eine Zusammenfassung der Wagenladungen in gerader Centnerzahl nicht immer ermöglichen lasse. Es ist deshalb der Wunsch ausgesprochen worden, daß auch in Zukunft die Abrechnungen des Gewichtes bei Wagenladungen nicht von 100 zu 100 Kgr., sondern gleich wie bei Stückgütern von 10 zu 10 Kgr., event. aber von 50 zu 50 Kgr. vorgenommen werden möge. Das Reichseisenbahnamt wünscht sich darüber zu unterrichten, ob aus der praktischen Handhabung der mehrerwähnten Bestimmung sich im dortigen Bezirk Unzutraglichkeiten ergeben haben und erucht die Handelskammer über die in dieser Beziehung vorliegenden Erfahrungen gefällige Mittheilung hierher gelangen zu lassen.“

Die Verkehrs-Commission empfiehlt: dem Reichseisenbahnamt zu antworten, daß die Kammer in Erwägung der praktischen Berechnung empfehle, die Frachtberechnung in der Weise bei Wagenladungen eintreten zu lassen, daß das über 100 Kgr. überschreitende Gewicht bis zu 50 Kgr. nicht in Berechnung gezogen werde, dagegen das Gewicht von 50—99 Kgr. für 100 Kgr. Die Kammer tritt dem Antrage der Commission bei.

Telegraphen-Filial-Stationen. Die Kaiserliche Telegraphen-Direction erwidert der Handelskammer auf ihren bezüglichen Antrag, daß sie in Anerkennung der Nothwendigkeit, zur Erleichterung des den Telegraphen benutzenden Publicums innerhalb des räumlich sehr ausgedehnten Stadtgebietes an geeigneten Stellen Filialstationen zu errichten, dieser Angelegenheit bereits seit geraumer Zeit ihre volle Aufmerksamkeit zugewendet und dieselbe bei der Kaiserlichen General-Direction der Telegraphen auch schon wiederholt in Anregung gebracht habe. Obgleich man an entscheidender Stelle von dieser Nothwendigkeit ebenfalls durchdrungen zu sein scheint, so sind definitive Entscheidungen in der fraglichen Angelegenheit doch noch nicht erfolgt, weil die Ausführung der Anlage, der unterirdisch zwischen den Filialstationen und der Hauptstation herzustellenden Verbindungen wegen, mit unverhältnißmäßig großen Kosten verknüpft ist. Dieser Umstand, d. h. wenn an der unterirdischen Verbindung festgehalten werden muß, wird voraussichtlich auch zur Folge haben, daß den Wünschen des correspondirenden Publicums bezüglich der Anlage von Filialstationen in, von der Hauptstation entlegenen Stadttheilen, wenn überhaupt, so doch nur in beschränktem Umfange entsprochen werden dürfte.

Weentlich günstigere Aussichten auf Erfüllung der geäußerten Wünsche würde den Herren Interessenten eröffnet werden können, wenn die Anlage in Rede sich mit einem geringeren Kostenaufwande würde ausführen lassen, was der Fall wäre, wenn die betreffenden Verbindungsleitungen nicht unterirdisch, sondern oberirdisch und in der Weise geführt werden können, wie dies seit Jahren bei den Leitungen der Feuerwehr besteht. Dazu ist aber wegen der für die Leitung anzubringender Isolationsvorrichtungen das Einverständnis vieler Hausbesitzer erforderlich, welches, wenn überhaupt erreichbar, meist nur mit Ueberwindung großer Schwierigkeiten und weitausföhriger Verhandlungen herbeizuföhren ist. Die Handelskammer wird durch ihren Einfluß auf die Mitglieder des Handels c. Standes event. in der Lage sein, entstehende Schwierigkeiten und namentlich erhobene Entschädigungsansprüche seitens der Hauseigenthümer zu beseitigen und dadurch die Sache selbst zu fördern.

Mögliche Unterstützung wird die Handelskammer ferner der Telegraphen-Direction bei Anmietung einer geeigneten Räumlichkeit für die gedachten Stationen zu gewähren vermögen. Dabei kommt es wesentlich darauf an, unter billigen Beiträgen in den Besitz von Localitäten zu gelangen, in welchen diese Stationen eine längere Reihe von Jahren ohne jede Unterbation des Vermiethers verbleiben könne. Es ist dies aus dem Grunde unbedingt erforderlich, weil — abweichend, wie bei anderen ähnlichen Verwaltungen — mit der Verlegung einer derartigen Amtsstelle stets eine kostspielige Verlegung der betr. Telegraphenzuleitung verbunden ist. Die Telegraphen-Direction würde deshalb die Unterbringung der in Rede stehenden Filialen in fiskalische oder städtische Gebäude jedem anderen Unterkommen auch schon aus dem Grunde den Vorzug geben, weil von dieser Seite in der Regel annehmbarere Miethsbedingungen gestellt werden — wenn nicht von einem Miethsinne ganz abgesehen wird — als von Privatpersonen, worauf die Telegraphen-Verwaltung im Interesse der Ausführung der Anlage, nicht minderen Werth legen muß.

Es liegt nun in der Absicht, neben der in der Börse verbleibenden Filiale fünf Filialen in Vorschlag zu bringen und zwar eine in der Friedrich-Wilhelmsstraße, eine zweite in der Rosenthaler- oder Matthiasstraße, eine dritte auf der Dominsel, eine vierte in der Kloster- event. Tauenhienstraße und eine fünfte endlich in der Albrechtsstraße.

Während für diese letztern durch das sehr anerkennenswerthe Entgegenkommen des Herrn Commerzienrath Fromberg ein Local zur Disposition gestellt wurde, müssen für die übrigen geeignete Räumlichkeiten ausfindig gemacht werden.

Vorher die Telegraphen-Direction weitere Schritte in dieser Angelegenheit thut, richtet sie an die Handelskammer die ergebene Anfrage, ob die Verwaltung in dieser Beziehung, sowie in Betreff der Ausführung der Verbindungsleitungen in der Voraussetzung, daß das angebotene Project die höhere Genehmigung erfährt, auf deren nachdrückliche Mitwirkung rechnen darf.

Herr Sadur befragt, der Telegraphen-Direktion jede mögliche Unterstützung zuzulassen. Herr Grunwald wünscht eine Einrichtung der Handelskammer auf Magistrat und Regierung bezüglich der Gewährung von Localitäten. Herr Dr. Eras meint, daß die Einwirkung der Kammer nur eine moralische sein könne, namentlich in Bezug auf die Einwohnerschaft resp. die Hausbesitzer, welche die Erlaubnis zur Anbringung der Drähte erteilen müssen. Ein Hinweis auf die Interessen des Handels und damit im Zusammenhang der gesammten Bürgerschaft könne nach dieser Richtung nur einflußreich sein. Nachdem noch mehrere Redner sich für die Gewährung möglicher Unterstützung ausgesprochen, beantragt Herr H. Heimann, daß die Kammer sich an die Polizeibehörde wende. Die Kammer beschließt, sich an diese, sowie an den Magistrat um Gewährung von geeigneten Localitäten zu wenden. — Gegen 6 Uhr tritt die Kammer in geheime Sitzung ein.

Posen, 13. Januar. [Börsenbericht von Lewin Berwin Söhne.] Zhaunetter. — Roggen (pr. 1000 Kilogr.) flau. Kündigungspreis 150 Mark. — Weizen (pr. 1000 Kilogr.) flau. Januar 150 Mark. — Januar-Februar 150 Mark. — Februar-März 149 1/2 bez. u. O. — März-April 149 1/2 bez. u. O. — April-Mai 149 Mark bez., 148 B. April-Mai 149 Mark. O. — Mai-Juni —.

Actien 209. —. Oesterreichische Staatsbahn 680. —. Oesterreichische Nord-
westbahn —. Anglo-deutsche Bank —. Hamb. Commerz- u. Disc. —.
Rhein-Eisenb.-St.-Actien 126. —. Berg-Märkische 86½. Köln-Mindener 117.
—. Laurahütte 125. 50. Dortmunder Union —. Spanier —.
1860er Loose —. Festeft. Glasgow 74, 6.]

London, 13. Januar, Nachmittags 4 Uhr. (Orig.-Dep. der Bresl. Stg.)
Consols 92, 07. Italien. 5pCt. Rente 66. Lombarden 11, 05. 5pCt.
Russen de 1871 100½. dito de 1872 100. Silber 57½. Türk. Anleihe de
1865 42, 07. 6pCt. Türken de 1869 55½. 6pCt. Vereing. St. per 1882
103½. Silberrente 67½. Papierrente 63½. Berlin —. —. Hamburg
3 Monat —. —. Frankfurt a. M. —. —. Wien —. —. Paris —. —.
Petersburg —. Plagbiscont 3½ pCt. —

Berun. Die seit 3 Monaten in Betrieb gesetzte Bänderwaaren-Fabrik des
Kaufmann Lubeky erfreut sich eines raschen Aufschwunges, die Hölzer sind
von tadelloser Beschaffenheit; die Verpackung praktisch und elegant. Die von
L. in jüngster Zeit fabricirten „Salon-Hölzer“ ohne Schwefel, stark mit
Paraffin getränkt, sind so ausgezeichnet, daß sie in Oesterreich die schwe-
dischen Hölzer bald verdrängen dürften, um so mehr, als wie der Preis ein
außerordentlich billiger ist. Wir wünschen unserem strebsamen Mitbürger
weiteres Glück in seinen Unternehmungen. [1251]

Die Verlobung ihrer
Tochter Hedwig mit dem Kauf-
mann Herrn Fritz Philipp
Richter in Reichenbach i/Schl.
bezeugen sich ergebenst anzu-
zeigen [187]

Carl Wagner,
Bertha Wagner,
geb. Wartensleben.
Dittmannsdorf, Reichenbach i/S.
bei Waldenburg in Schl.,
den 10. Januar 1875.

Hedwig Wagner,
Fritz Philipp Richter,
Verlobte.
Dittmannsdorf, Reichenbach i/S.

Als Neuvermählte empfehlen sich:
Heinrich Daun, Hotelbesitzer.
Clara Daun, geb. Trammann.
Breslau. [575] Spremberg.

Als Neuvermählte empfehlen sich:
Lottis Ottersbach.
Dittlitz Ottersbach, geb. Jungmann.
Waldenburg i. Schl., Breslau,
den 12. Januar 1875. [596]

Neuvermählte.
Friedrich Horst.
Charlotte Horst,
geb. Fegers Beedens.
Mairisch, den 12. Januar 1875.

Statt besondrer Meldung.
Durch die Geburt eines munteren
Mädchens wurden hoch erfreut:
Wolff Biffer und Frau,
geb. Kevintal.
Breslau, den 12. Januar 1875.

Entbunden von einem Mädchen und
einem Knaben [196]
Frau M. Chariner,
geb. Gensel.
Hamburg, 6. Januar 1875.

Heute früh 6½ Uhr entschlief sanft
nach längeren Leiden der Königl.
Mühlen-Inspector [597]
Herr Ernst Böhm.

Wir betrauern in dem Dahingeseh-
enen ein schätzbares Mitglied unserer
Gemeindevertretung, dessen Andenken
uns stets werth bleiben wird.
Breslau, den 13. Januar 1875.

Der Gemeinde-Kirchenrath
und die Gemeindevertretung
zu Elftausend Jungfrauen.

Heute Morgen 11½ Uhr starb unsere
theuerste Elisabeth nach langem schwe-
ren Kampfe an Zahnkrämpfen.
Breslau, den 13. Januar 1875.
[598] Schüller und Frau.

Gestern Abend 8 Uhr ver-
schied unser lieber Sohn, der
Bildhauergehilfe [1278]
Erdmann Nielsch,

nach einem 19wöchentlichen
schweren Lungenleiden im
Alter von 18½ Jahren. Dies
zeigen hierdurch, statt beson-
derer Meldung, tiefbetrübt
allen Verwandten und Be-
kannten mit der Bitte um
stille Theilnahme an
C. Nielsch und Frau.
Breslau, d. 13. Januar 1875.
Beerdigung: Freitag Mittag
3 Uhr.
Tranerhaus: Neue Kirchstr. 5.

Gestern verschied nach langen Leiden,
sechs Tage nach dem Tode seiner ein-
zigen Schwester, mein lieber Schwager,
der Kaufmann [1266]
Herr Paul Niske.

Allen Freunden und Verwandten
widmet diese traurige Nachricht, um
stille Theilnahme bittend.
Breslau, den 14. Januar 1875.
Franz Troedel.

Trauerhaus: Brüderstraße Nr. 50,
Beerdigung: Sonnabend Nachmittags
nach dem Scheitinger Kirchhofe.

Am 10. d. M. verschied in Heimi-
che nach kurzem Leiden im ehrenvollen
Alter von 75 Jahren, unsere un-
vergessliche, geliebte Mutter, Schwester,
Schwieger-, Groß- und Urgroßmutter,
Frau Minna Lindau,
geb. Kempner.

Tiefbetrübt widmen wir diese An-
zeige Verwandten und Freunden.
Breslau, den 12. Januar 1875.
[1268] Die Hinterbliebenen.

Das ¼-Los der preuß.
Lotterie Nr. 28,235 Lit. b.
ist abhanden gekommen.

Schlesischer Protestanten-Verein.
Versammlung der Breslauer Mitglieder
Freitag, den 15. Januar, Abends 7½ Uhr, im Saale des
Café restaurant (Carlsstraße Nr. 37).

Tages-Ordnung: Vortrag des Herrn Diaconus Döring über:
„Altes und Neues aus unserer Kirche.“
Auswärtige Mitglieder sind als Gäste willkommen. Einzelne
neuer Mitglieder können gleichzeitig dazusteuern.
[1246] Der engere Ausschuss.

Donnerstags-Vortrag
im Evangelischen Vereinshaus, Holteistraße Nr. 6/8,
Herr Professor Dr. Plitt aus Gnadenfeld: „Ueber die christliche Idee der
Persönlichkeit.“ Entree an der Kasse 75 Pf. Abonnements-Billets an den
bekannten Verkaufsstellen. [1249]

Schlesischer Central-Verein zum Schutz der Thiere.
Vorstands-Sitzung Donnerstag, 14. Januar, Abends 8 Uhr, im Restau-
rateur Beck'schen Lokal, Neue Gasse 8. Die Vereins-Mitglieder werden
eingeladen. [1244]

Kaufmännischer Verein.
Freitag, den 15. Januar,
Abends 8 Uhr, Neue Börse. —
Besprechung über die dem Handels-
stande drohenden Missethätigkeiten der
neuen Bankvorlage und deren mög-
liche Abhilfe. In Anbetracht des
wichtigen Gegenstandes wird eine
rege Theilnahme gewünscht.

Sonnabend, den 16. Januar,
Abends 8 Uhr, zweiter Vortrag
des Herrn Professor von Schlag-
intweit: Ueber seine Himalaya-
Reise. — Einlasskarten zu diesem
Vortrage sind noch, Stehplätze
zu 2½ Sgr., bei Herrn Kaufmann
Stempel, Elisabethstraße Nr. 11,
zu haben. [1260]

Stadt-Theater-Kapelle.
Springer's Concertsaal.
Donnerstag, d. 14. Januar 1875:
2. Abonnement-Concert
im H. Cylus
unter Leitung
des Kapellmeisters Herrn
Carl Goetze. [1254]
Zur Aufführung gelangt u. A.:
Septett von Beethoven.

Anfang Nachmittags 3 Uhr.
Abonnement-Billets für 10
Concerte à 1¼ Thlr., Billets
zu Logen und reservirten
Tischen, sowie Tages-Billets
à 5 Sgr. sind in der Musik-
Handlung von Theodor Lich-
tenberg und an der Kasse zu
haben. Kinder 2½ Sgr.

**Springer's
Concert-Saal.**
Heute Donnerstag, den 14. Jan.:
Concert
d. Leipziger Coupletsänger
Herrn Mes, Neumann, Ascher,
Schreyer und Hoffmann.
Anfang 7½ Uhr. [572]
Entree für Herren 50 Pf.,
Damen 25 Pf., Kinder 10 Pf.
Zur Aufführung kommt u. A.: „Am
schönen grünen Rhein“, Quartett von
Brüner. „Die Geiger Franzeln.“
„Das Leben ein Traum.“ „3 war
wieder nichts.“ „Carle, halt mer mal
a Hutt“, Quartett von Neumann und
Leubuscher. Nach der Polka: „Prima
vista“ von Heber

Mobiler Berliner,
komische Scene mit Quodlibet.

Zelt-Garten.
Heute:
Großes Concert
des Musikdirectors Herrn A. Ruchel.
Auftreten
des amerikanischen Equilibristen
Mr. Sextillian
und
der engl. Chansonet-Sängerin
Miss Barry.

Im Tunnel Concert
der Leipziger Quartett- und
Coupletsänger
Herrn Heimig, Eyle, Stahlheuer,
Gipner, Selow und Hanke.
Anfang 7½ Uhr. [1176]
Entree à Person 5 Sgr.

**Paul Scholtz's
Etablissement.**
Heute Donnerstag:
Sinfonie-Concert
der Breslauer Concert-Kapelle.
Anfang 7½ Uhr.
Zur Aufführung kommt:
Sinfonie C-dur von Beethoven.
Aufforderung zum Tanz von Weber.
Nachgelangt von Vogt. [1253]

Börsenkränzchen
Sonntag, den 17. Januar.

Von Ostern c. verlege ich mein
Domicil nach Breslau, und bitte
das mir seit Jahren geschenkte
Wohlfühlen auch nach dort zu
übertragen. [1258]
Gleiwitz.

R. L. Appun,
Cultur-Ingenieur.

**Breslauer Actien-
Bier-Bräuerei.**
Großes Concert
von der Kapelle des Herrn F. Ränger.
Anfang 7 Uhr. [1261]
Entree à Person 1 Sgr.

Freitag, den 15. Jan., Abends 7 Uhr:
**Musikalisch-
dramatische Soirée**
im Saale des [1247]
Hôtel de Silésie
veranstaltet von Fräul. von
Meichner zum Besten eines
wohlthätigen Zweckes.

Die vollständigen Programme,
als Eintrittskarten geltend, sind
numerirt à 20, unnum. à 15 Sgr.,
in der Hof-Musikalien-Handlg. des
Hrn. Hainauer, Schweidnitzerstr. 52,
und Abends an der Kasse zu haben.

**Bezirks-Verein der
südöstlichen Vorstädte.**
Donnerstag, den 14. Januar 1875.
General-Versammlung
bei Piefisch, Gartenstraße 23e,
Abends 8 Uhr.
Tagesordnung:
1) Vortrag des Herrn Sinder-
mann „Ueber die Vergasung der
Fäkal- und Abfall-Loose“
2) Vorstandswahl. [1256]
Gäste sind willkommen.

Humboldt-Verein
für Volksbildung. [1252]
Cyclische Vorträge.
Freitag, den 15. Januar, Abends
8 Uhr, im Prüfungssaale der katho-
lischen Bürger-Schule, Nikolai-Stadt-
graben 5a., Portal 1., 2 Treppen:
Herr Stadtphysikus Dr. med. Gert.
Erster cyclischer Vortrag über die Ur-
sachen der größeren Sterblichkeit in
großen Städten. Fortgesetzt die fol-
genden Freitage.

Montag, den 18. Januar, Abends
8 Uhr, ebenfalls: Herr Gymnasial-
lehrer Dr. Beblo. Erster cyclischer
Vortrag über Chemie der Nahrungs-
mittel. Fortf. die folgenden Montage.

Nach längerer Pause
erhielt ich heute wieder einen Transport feines Berliner
Lagerbier, das ich jedem Bierkenner anlegentlichst empfehle.
Gleichzeitig beehre ich mich anzuzeigen, daß ich mein jetziges
Geschäft vor dem 1. April c. nicht aufgebe.

G. Kunicke,
Breitestraße 42.
[1273]

**Unsere Schrotmühle, Siede- und Haserquetsch-
Maschinen** mit Dampftrieb sind gestern vollständig in Thätigkeit
gesetzt worden. [1263]
Wir empfehlen Roggen- und Gersten-Schrot, geg. Hafer und Siebe, und
übernehmen alle Getreidesorten zum Schroten, wie auch Hafer zum Quetschen
und Stroh zum Schneiden zu den billigsten Preisen.

Härtter & Franzke, Weidenstr. 35.
Fabrik: am Schiefwerder 5, zwischen dem Fuchshof u. Schiefwerbergarten.

Meinen geehrten Kunden
zur Nachricht, daß ich von heute
ab die gewöhnliche Semmel
à 4 Reichspfennige verkaufe.
W. Bernhardt,
Hummerei Nr. 9.

Mit dem 1. Februar cr. bin ich an
das Stadt-Gericht zu Breslau versetzt
und suche einen Bureau-Vorsteher.
Rosten, den 9. Januar 1875.

W. Geissler,
[517] Rechts-Anwalt und Notar.

Gründlicher englischer Unterricht
wird von einer jungen Engländerin
erteilt. Off. sub C. R. 90 postla-
gernd Breslau. [581]

Constitutionelle Bürger- (Freitag) Ressource.
Sonnabend, den 6. Februar d. J., Großer Maskenball. Entree für
Herren 2 Mt., Damen 1 Mt.; durch Mitglieder, welche am Ball theilneh-
men, eingeführte Herren 3 Mt., Logen 3 Mt. und numerirte Plätze auf
der Gallerie 75 Pf.

Die Kartenausgabe beginnt Freitag, den 22. d. M. Vorausbestellungen
auf Logen werden morgen beim Concert angenommen. [1241]
Der Vorstand.

Lyceum für Sprachen.
Eine Französin und eine Engländerin eröffnen in diesem Monat Course
(Grammatik und Conversation) in ihren Sprachen für Anfänger und schon
Unterrichtete. Das Nähere bei Fräulein Ottilie Breyer, 28 Neue-
Zaschenstraße 28, 3. Etage rechts. Sprechstunden von 12—2. [590]

**Am Freiburger
Königlich
Niederländischer
Circus Oscar Carré.**

Heute Donnerstag, den 14. Januar, Abends 7 Uhr:
Große Extra-Vorstellung.
U. A.: Die 8 Trakehner Hengste, zu gleicher Zeit in Freiheit
dresirt und vorgeführt vom Director. Die hohe Fahrschule, geritten
vom Director. Das Springpferd „Mustafa“ in seinen außerge-
wöhnlich hohen Sprüngen über feste Barrieren u. Gitterländen-Dua-
drille, geritten von 6 Damen und 6 Herren. Auftreten der Damen
Frl. Matth. Price, Frl. Lina Nagels u. [1272]

Morgen Freitag: Erste große Komiker-Vorstellung.
Oscar Carré, Director.

Für die Ball-Saison
empfehle ich mein reichhaltiges Lager von Coiffuren, Kleider-Garni-
turen u. nach Pariser Originalen vom einfachsten bis zum feinsten
Genre.

Cotillon-Geschenke
in großer Auswahl, als Nouveautés, sich öffnende Blumen und
Bouquets. — Pariser Topf- und Blattschneidwerkzeuge sind stets vorrätzig.

R. Meidner,
Blumen- und Feder-Fabrik,
Breslau, Ring 51 (Nachmarktsseite), 1. Etage. [1281]

Damen,
welche ihr Kopfhaar gesund erhalten und gleichzeitig
schnelles Selbstfrisieren ermöglichen wollen, empfehle ich
mein großes Lager von Haarflechten, naturgemäß
ohne Welle und Fälschung, sämmtlich von gleichlan-
gem, gesundem, geschnittenem Haar angefertigt.

Locken-Garnituren und Chignons von natur-
trauem Haar sind in größter Auswahl vorrätzig.
Haararbeiten jeder Art werden auf Bestellung
prompt und reell ausgeführt. Aufträgen aus der
Provinz wird größte Sorgfalt gewidmet. [9142]

Carl Haske, Hofscheur,
9. Alte Taschenstraße 9.

Hensler's Hotel, vormal's Westphal,
in Glogau, Preussischestraße Nr. 20,
wird dem geehrten reisenden Publikum zu geneigter Beachtung empfohlen.
Prompte Bedienung. Solide Preise. [105]

Verantwortlicher Redacteur: Dr. Stein Druck von Graß, Barth u. Comp. (B. Friedrich) in Breslau.